

129

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Oktober 2023

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Auf milde Rezession folgt
verhaltener Aufschwung

Sperrfrist: Freitag, 6. Oktober 2023, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

129

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Oktober 2023

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Auf milde Rezession folgt
verhaltener Aufschwung

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024
Auf milde Rezession folgt verhaltener Aufschwung
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 129

Kontakt

Holger Bonin

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	30
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	32
5	Monetäre Prognose	44
6	Tabellenanhang.....	47

Auf milde Rezession folgt verhaltener Aufschwung

Gegenwärtig befindet sich die heimische Volkswirtschaft in einer Rezession. Vor dem Hintergrund der Belastungen durch die hohe Inflation, die restriktive Geldpolitik und die schwache internationale Konjunktur dürfte die Wirtschaftsleistung in Österreich im laufenden Jahr um 0,4 % schrumpfen. Im nächsten Jahr sind eine Belebung der Weltwirtschaft und ein von steigenden Realeinkommen getragenes kräftiges Wachstum des privaten Konsums zu erwarten. Damit dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2024 um 0,9 % zulegen. Die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, dürfte heuer 7,8 % und 2024 4,2 % betragen. Mit Arbeitslosenquoten von 6,5 % bzw. 6,8 % bleibt der österreichische Arbeitsmarkt wohl robust. Eine stärkere Eintrübung des heimischen Arbeitsmarkts infolge stark anziehender Lohnstückkosten oder eine ausbleibende Belebung der internationalen Industriekonjunktur würde den Aufschwung im nächsten Jahr gefährden.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Gegenwärtig befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Rezession. Laut den neuesten Quartalszahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ist die Wirtschaftsleistung in Österreich im Vergleich zum Vorquartal seit der Jahresmitte 2022 – mit einer Unterbrechung im ersten Quartal 2023 – gesunken. Im zweiten Quartal 2023 beschleunigte sich die negative Entwicklung mit einem unerwartet starken Rückgang von 0,8 % gegenüber dem Vorquartal deutlich. Der Wegfall der coronabedingten Aufholeffekte, die hohe Inflation, die steigenden Zinsen infolge der restriktiven Geldpolitik und die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere in den Nachbarländern, belasten die heimische Volkswirtschaft. Die hohe Inflation dämpft die Kaufkraft. Die Industrie leidet unter mangelnden Aufträgen und hohem Kostendruck. Der Zinsanstieg und die kräftigen Preissteigerungen belasten die Baukonjunktur, insbesondere den Wohnbau.

Insgesamt ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem zweiten Halbjahr 2022 um 0,3 % geschrumpft. Die vorliegenden Stimmungsindikatoren deuten auf einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr. Vor diesem Hintergrund revidiert das IHS seine Prognose der Veränderung des BIP für das Jahr 2023 auf –0,4 %. Das für heuer prognostizierte Wirtschaftswachstum ist damit um 0,9 Prozentpunkte kleiner als noch in der Sommer-Prognose des IHS erwartet. Im kommenden Jahr sollte mit dem Wiederanziehen der internationalen Konjunktur und dem nachlassenden Preisdruck die heimische Wirtschaft wieder expandieren. Das IHS

prognostiziert für 2024 insgesamt ein verhaltenes Wachstum um 0,9 %. Im kommenden Jahr dürfte es also zu einem Aufschwung kommen. Das Produktionspotenzial wird dabei allerdings noch nicht voll ausgeschöpft.

Die Weltwirtschaft expandierte im bisherigen Jahresverlauf moderat. In den USA blieb die Konjunktur trotz der ausgeprägten Straffung der Geldpolitik äußerst robust. Die Wirtschaftsleistung legte in den ersten beiden Quartalen 2023 um jeweils 0,5 % gegenüber dem Vorquartal zu. Hingegen blieb das Expansionstempo im Euroraum mit Wachstumsraten von jeweils 0,1 % sehr verhalten. Die letztjährige Energiekrise und der damit verbundene drastische Anstieg der Strom- und Erdgaspreise hat Europa viel stärker getroffen als die USA, die als Exporteur von Energierohstoffen sogar Terms-of-Trade-Gewinne verzeichnen konnten. Für die zweite Jahreshälfte 2023 haben sich laut den Frühindikatoren die Wachstumsaussichten für den Euroraum weiter verschlechtert, insbesondere für die Industrie, zuletzt aber auch verstärkt für die Dienstleistungen.

Das IHS geht aber davon aus, dass die Konjunktur im nächsten Jahr wieder anzieht. Dazu sollten der im Vergleich zu den Höchstständen deutliche Rückgang der Energiepreise, steigende Realeinkommen aufgrund der nachlassenden Inflation und ein verbessertes weltwirtschaftliches Umfeld beitragen. Insgesamt schätzt das Institut die internationale Konjunktur, außer für die USA, gegenüber der Sommer-Prognose etwas schwächer ein. Die Wachstumsaussichten für den Euroraum werden für die Jahre 2023 und 2024 auf 0,4 % bzw. 1,3 % zurückgenommen. Dabei dürfte die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr um 0,6 % schrumpfen und im kommenden Jahr um 1,1 % zulegen. Die US-Wirtschaft wird voraussichtlich um 2,0 % bzw. 1,3 % wachsen. Für die chinesische Wirtschaft werden Zuwächse von 5,0 % bzw. 4,6 % erwartet. Für die Weltwirtschaft insgesamt ergeben sich daraus Wachstumsraten von 2,7 % bzw. 2,8 %.

In Österreich drückt die persistent hohe Inflation auf den privaten Konsum. Der robuste Arbeitsmarkt und die kräftigen nominellen Lohnzuwächse sollten im Verein mit der Rücknahme der Sparquote heuer dennoch eine leichte Zunahme des realen Konsums um insgesamt 0,2 % ermöglichen. Aufgrund deutlich zunehmender Realeinkommen sollte sich das Konsumwachstum im kommenden Jahr auf 1,5 % erhöhen.

Bereits im Jahr 2022 stagnierten die Bruttoanlageinvestitionen. Vor dem Hintergrund der hohen Energiepreise, der stark gestiegenen Finanzierungskosten, der unsicheren Aussichten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und der nunmehr schwächeren allgemeinen Konjunktüreinschätzung hat das IHS die Investitionsprognose deutlich nach unten revidiert. Da sich die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr noch recht gut entwickelt haben, wird für den Jahresdurchschnitt 2023 gleichwohl noch eine Zunahme um 1,0 % erwartet. Im kommenden Jahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen wegen der schwächeren Entwicklung im Verlauf des laufenden Jahres aber um 2,0 %

schrumpfen. Die stark gestiegenen Finanzierungskosten und die hohen Baupreise bremsen die Bauinvestitionen. Besonders betroffen ist der Wohnbau, was sich in stark rückläufigen Baubewilligungen manifestiert. Folglich erwartet das Institut einen Einbruch der Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 4,8 %. Im kommenden Jahr werden die Bauinvestitionen noch um 1,5 % schrumpfen. Insgesamt ergibt sich daraus, dass die Anlageinvestitionen sowohl 2023 als auch 2024 um etwa 1,8 % zurückgehen dürften.

Die geringe Dynamik der Weltwirtschaft drückt auf den globalen Warenhandel. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang um 1,7 % erwartet. Entsprechend entwickeln sich die heimischen Exportmärkte schwach. Das IHS prognostiziert für die österreichischen Warenexporte im Jahresdurchschnitt 2023 eine Stagnation, wobei sie insbesondere in der zweiten Jahreshälfte schwach ausfallen. Im kommenden Jahr dürfte sich der globale Warenhandel etwas erholen und um 2,0 % zulegen. Im Einklang damit dürften auch die österreichischen Warenexporte im Jahr 2024 um 2,0 % expandieren. Die Dynamik der gesamten Exporte einschließlich des für Österreich bedeutenden Reiseverkehrs bleibt 2023 und 2024 mit Zuwächsen von 1,0 % bzw. 2,1 % sehr verhalten. Aufgrund der schwachen Binnennachfrage und der stagnierenden Warenexporte dürften die Gesamtimporte Österreichs laut VGR im laufenden Jahr nur um 0,5 % zulegen. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs wohl 1,4 % betragen.

Die Inflation geht in Österreich seit Jahresbeginn zwar merklich zurück, liegt aber weiterhin deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums. Nachdem im Vorjahr primär die steigenden Energiepreise die Inflation angetrieben hatten, hat sich der Preisauftrieb seitdem deutlich verbreitert. Der Bereich Restaurants und Hotels weist persistent sehr hohe Preissteigerungsraten aus, und auch die Wohnungskosten treiben zunehmend die Inflation. Aufgrund des Ölpreisanstiegs seit Jahresmitte hebt das IHS die Prognose für den Anstieg der Verbraucherpreise für den Jahresdurchschnitt 2023 leicht auf 7,8 % an. Für das kommende Jahr wird von einer Inflationsrate von 4,2 % ausgegangen. Von den im Jahr 2024 kräftig anziehenden Lohnstückkosten gehen preistreibende Effekte aus, hingegen sollten die schwache Konjunktur und die restriktive Geldpolitik preisdämpfend wirken.

Die konjunkturelle Schwächephase hat bisher kaum Spuren am österreichischen Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Beschäftigungsdynamik hat sich zuletzt aber etwas verlangsamt, und die Arbeitslosigkeit steigt langsam. Für den Jahresdurchschnitt 2023 erwartet das Institut weiterhin einen Anstieg der Beschäftigung von 1,1 %, die Prognose für 2024 wird jedoch auf 0,5 % zurückgenommen. Die Arbeitslosenquote dürfte von heuer 6,5 % im nächsten Jahr auf 6,8 % klettern.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum vom allmählichen Wegfall der diskretionären Krisenmaßnahmen geprägt. Die Auswirkungen des

konjunkturellen Einbruchs auf das Budgetdefizit sind wegen des starken Wachstums des nominellen BIP begrenzt. Gegenwärtig erwartet das IHS für das laufende Jahr ein gesamtstaatliches Defizit von 3,0 % des BIP. Im kommenden Jahr sollte das Budgetdefizit auf 1,9 % zurückgehen.

In der derzeitigen Ausnahmesituation mit anhaltend hoher Inflation, rasch gestiegenen Zinsen, hohen und volatilen Energiepreisen, geopolitischen Spannungen und den sich neu ausrichtenden Handelsströmen sowie bevorstehenden herausfordernden Kollektivvertragsverhandlungen durch die Sozialpartner gestaltet sich die Konjunkturprognose besonders schwierig. Das IHS sieht erhebliche Abwärtsrisiken, die den für 2024 erwarteten Aufschwung der österreichischen Wirtschaft gefährden könnten. So deuten die Frühindikatoren noch nicht auf einen Aufschwung der Industriekonjunktur hin. Eine weiterhin ausbleibende Belebung würde die konjunkturelle Dynamik gefährden. Für deren Zustandekommen ist die in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erwartete Wiederbelebung des Welthandels von zentraler Bedeutung. Weitere bedeutende Abwärtsrisiken stehen im Zusammenhang mit der Herbstlohnrunde. Einerseits könnten hohe Tarifabschlüsse die preisliche Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der exportorientierten Industrie gefährden. Zudem könnten Betriebe auf einen Lohnkostenschock reagieren, indem sie weniger Personen einstellen oder wegen Stellenbesetzungsschwierigkeiten gehortete Fachkräfte freisetzen. Dies würde zu höherer Arbeitslosigkeit führen, womit sich die aggregierte Bruttolohnsumme und damit auch der für den prognostizierten Aufschwung bedeutsame private Konsum weniger dynamisch entwickeln würden. Andererseits würden niedrigere Tarifabschlüsse die Wachstumsrate des privaten Konsums im kommenden Jahr direkt verringern.

Weitere Abwärtsrisiken gehen von einer anhaltend hohen Inflation aus, wozu etwa höhere Lohnabschlüsse oder stärker anziehende Energie- und Kraftstoffpreise beitragen könnten. Soweit davon der Euroraum betroffen ist, könnte es zu weiteren Leitzinserhöhungen kommen, mit negativen Folgen für die Baukonjunktur und die Investitionen. Außerdem könnte anhaltender Inflationsdruck in Österreich zu einer restriktiveren Fiskalpolitik führen, die Wirtschaftsleistung in den energieintensiven Branchen senken und die erwartete positive Dynamik der privaten Konsumausgaben bremsen.

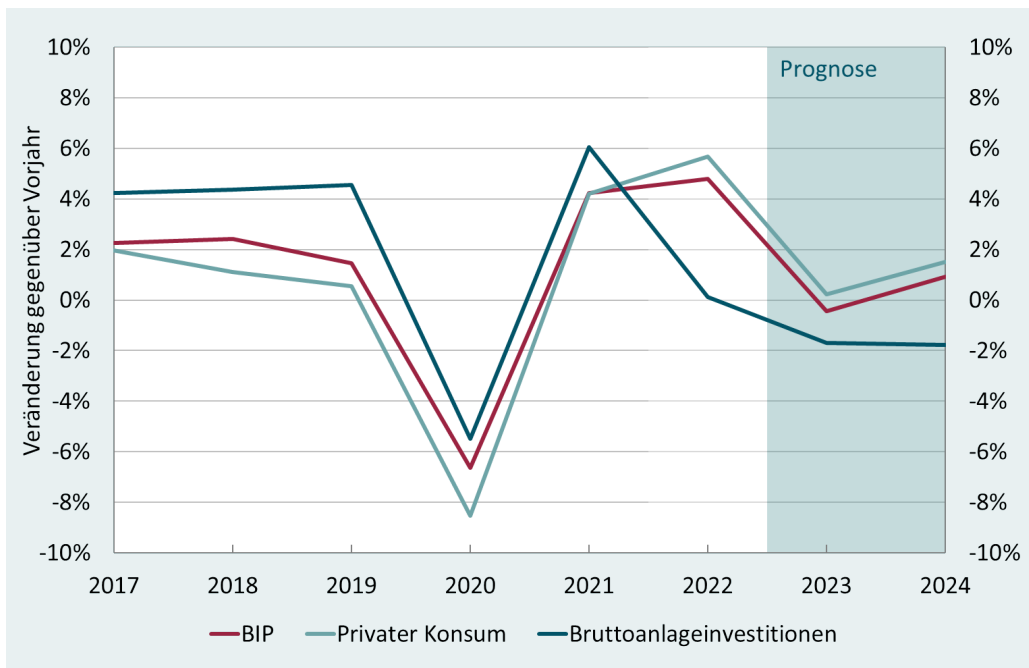
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, real	4,8	-0,4	0,9
Privater Konsum, real	5,7	0,2	1,5
Bruttoinvestitionen, real	-0,7	-2,4	-1,4
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,1	-1,7	-1,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	2,0	1,0	-2,0
Bauinvestitionen, real	-2,0	-4,8	-1,5
Inlandsnachfrage, real	2,9	-0,8	0,4
Exporte i. w. S., real	11,2	1,0	2,1
Waren, real (laut VGR)	7,1	0,0	2,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	96,2	15,0	1,6
Importe i. w. S., real	7,9	0,5	1,4
Waren, real (laut VGR)	5,1	-1,0	0,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	57,0	5,0	2,7
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	3,0	1,1	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	6,3	6,5	6,8
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	4,8	5,2	5,5
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	4,7	7,8	6,8
Preisindex des BIP	4,3	6,6	4,0
Verbraucherpreisindex	8,6	7,8	4,2
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-3,5	-3,0	-1,9
3-Monats-Euribor ⁱ	0,3	3,4	3,7
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	1,7	3,2	3,4

ⁱabsolute Werte

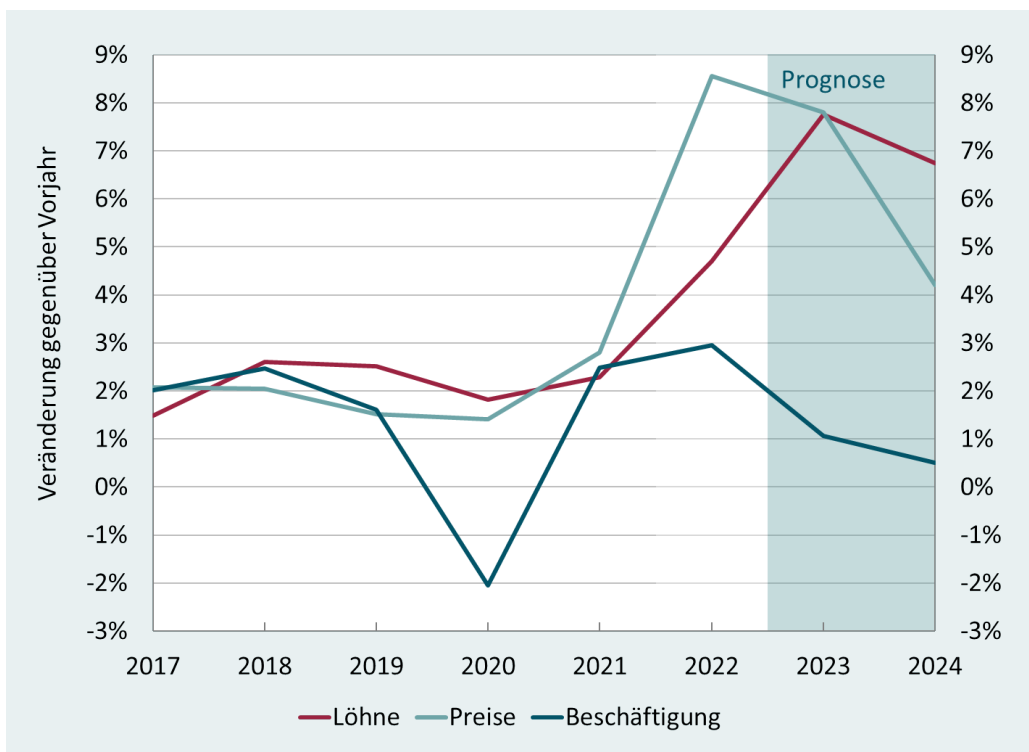
Quelle: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



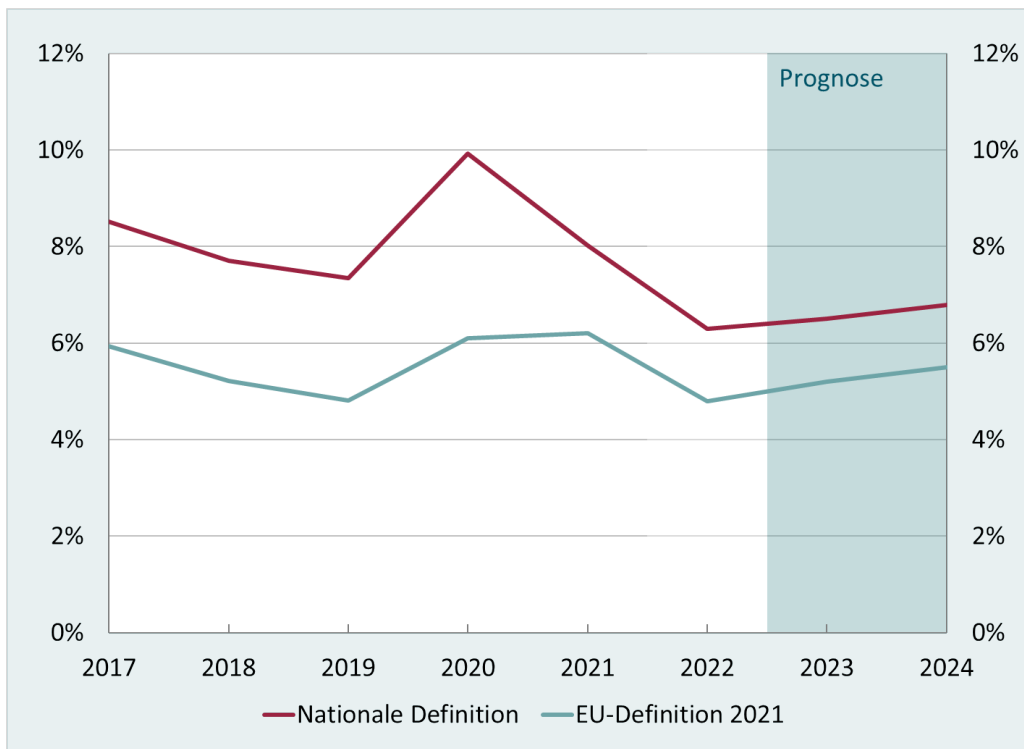
Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



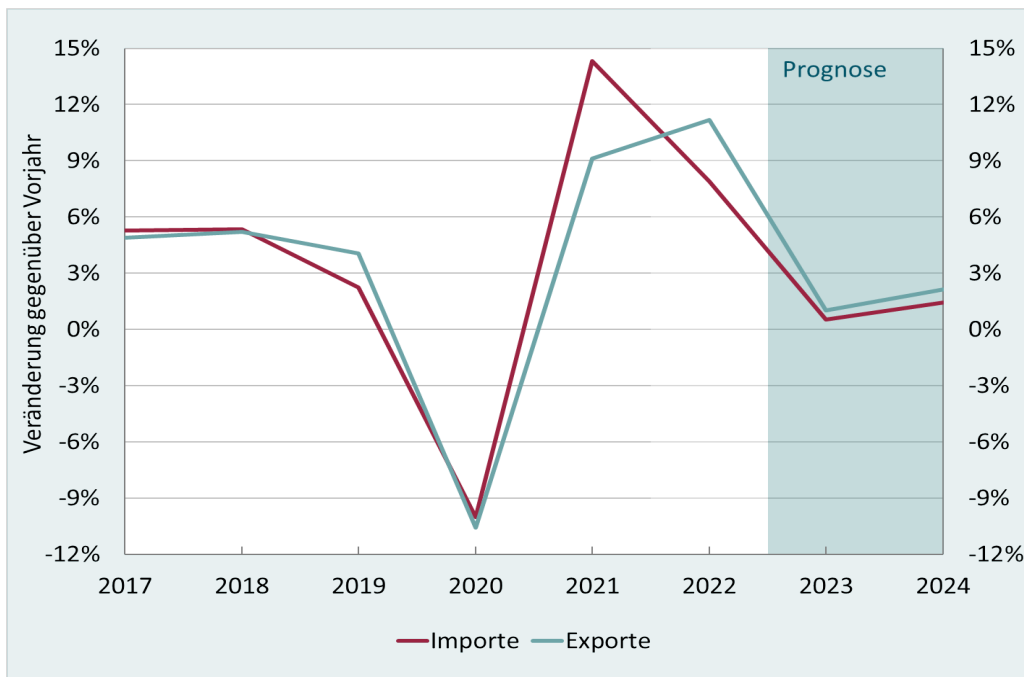
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



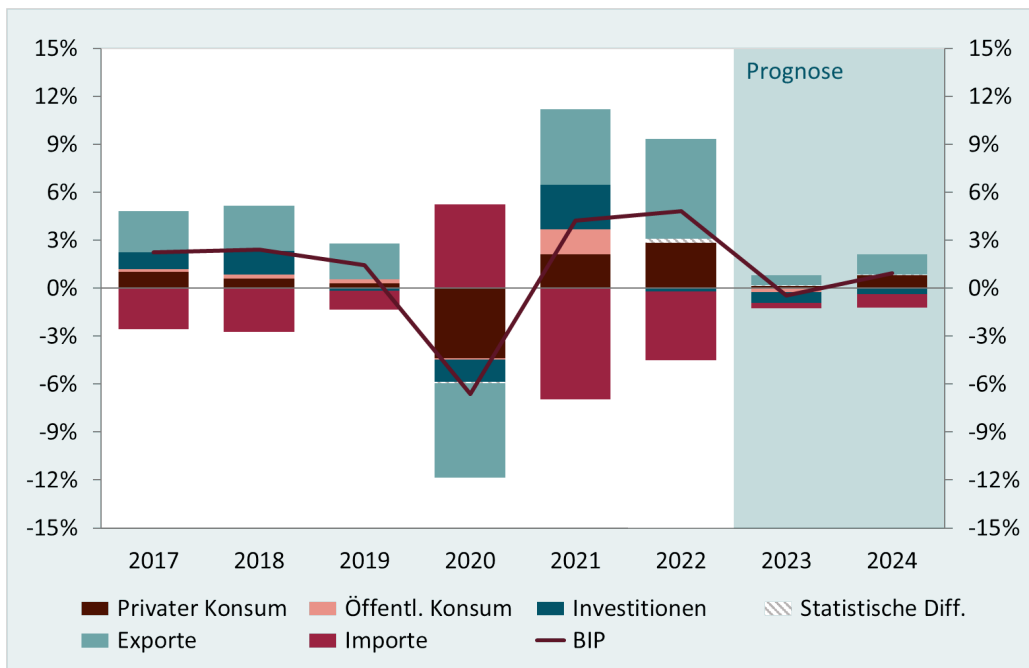
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



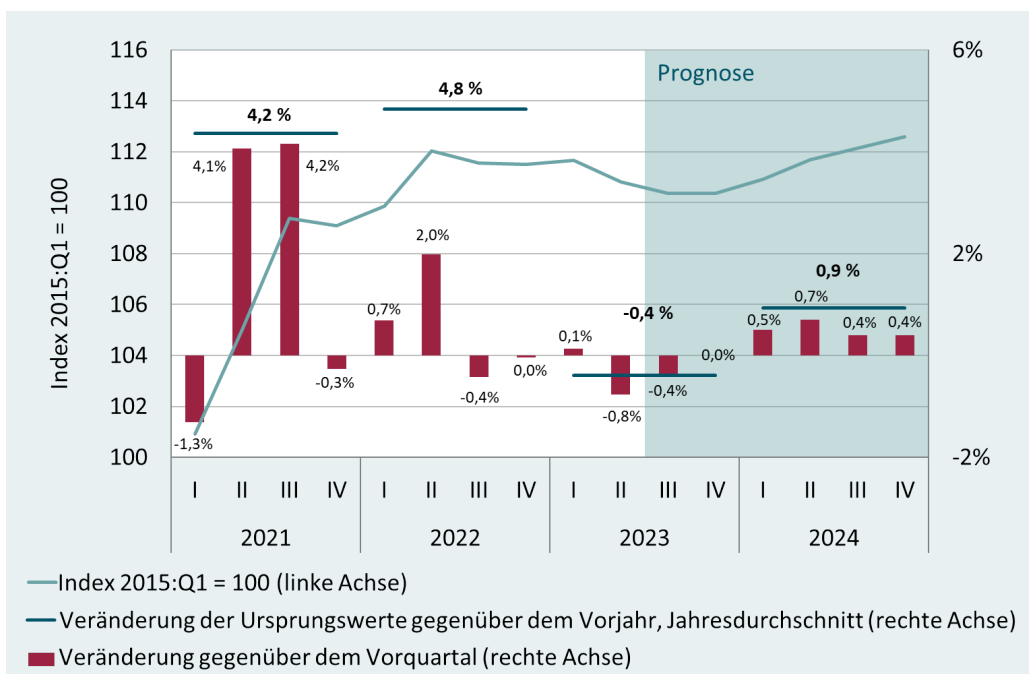
Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2023 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quelle: Statistik Austria, ab drittem Quartal 2023 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die Weltwirtschaft hat im Sommer etwas an Schwung verloren. Dabei setzte sich die Schwäche der Industrieproduktion fort, vor allem in Europa. Nach Daten des niederländischen CPB sank die globale Industrieproduktion im zweiten Quartal um 0,5 % gegenüber dem ersten Jahresviertel. In China belasten hohe Schulden im Immobiliensektor die Wirtschaft. Vielerorts leidet die Konjunktur unter der hohen Inflation, auch wenn diese in den meisten Ländern ihren Höhepunkt überschritten hat. Zudem bremsen die zur Bekämpfung der Inflation in den vergangenen Monaten vorgenommenen kräftigen Zinsanhebungen die realwirtschaftliche Aktivität, vor allem im Wohnbau. Die übrigen Investitionen schwächten sich dagegen in den Industrieländern bisher kaum ab. In den USA expandierte die Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte recht kräftig, während in der EU die Konjunktur bereits seit drei Quartalen auf der Stelle tritt. In einigen Schwellenländern wurde die Wirtschaftsleistung deutlich ausgeweitet. Vielfach stützt eine zunehmende Beschäftigung die Konjunktur.

Im Einklang mit der Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe war im bisherigen Jahresverlauf auch der weltweite Warenhandel rückläufig. Im zweiten Quartal sank er nach Daten des CPB um 0,8 %, womit er im Durchschnitt des ersten Halbjahrs um 1,9 % niedriger war als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Da die konjunkturellen Belastungsfaktoren noch einige Zeit bestehen bleiben, zeichnet sich keine rasche Belebung des Welthandels ab. Darauf deutet auch der RWI/ISL-Containerumschlag-Index hin, der im August gegenüber dem Vormonat gesunken ist. Der Welthandel dürfte außerdem noch in den nächsten Monaten dadurch beeinträchtigt werden, dass der Panamakanal aufgrund einer Dürre in Lateinamerika Niedrigwasser führt, woran sich nach Angaben der staatlichen Kanalverwaltung bis zum kommenden Frühsommer wahrscheinlich wenig ändern wird.

Die Preise für Industriemetalle und Agrarrohstoffe, die im Frühjahr recht deutlich gesunken waren, haben sich zuletzt seitwärts bewegt. Ein Barrel Öl der Nordseesorte Brent kostete Ende September hingegen rund 96 US-Dollar und damit etwa 21 Dollar bzw. fast ein Drittel mehr als Ende Juni. Maßgeblich dafür ist eine im Frühjahr beschlossene und Anfang September verlängerte Drosselung der Fördermengen. Diese Kürzung war zunächst von Saudi-Arabien und Russland verkündet worden, später schlossen sich weitere OPEC-Mitglieder an. Im Einklang mit den Notierungen auf den Terminmärkten liegt dieser Prognose ein Ölpreis von 85 US-Dollar je Barrel im Jahresdurchschnitt 2023 sowie 87 Dollar im Jahr 2024 zugrunde. Wie beim Ölpreis, zeigte sich auch beim Gaspreis zuletzt ein Anstieg. Erdgas zur Lieferung am folgenden

Tag kostete Ende September am niederländischen Knotenpunkt TTF rund 40 Euro je MWh. Damit war Gas rund 6,5 % teurer als Ende Juni. Der Gaspreis ist somit zwar schon seit längerem deutlich niedriger als der Höchstwert von 330 Euro je MWh, der im August 2022 erreicht worden war, aber noch immer merklich höher als der langjährige Durchschnitt von rund 20 Euro je MWh von vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022.

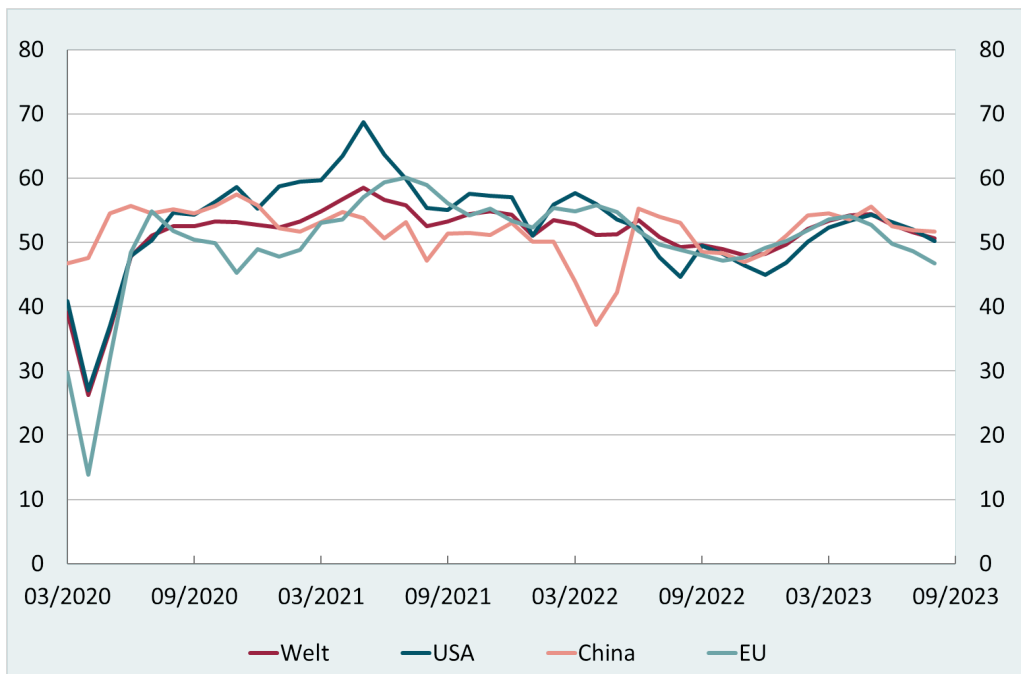
Ausgehend von 1,09 US-Dollar je Euro Ende Juni hatte der Euro zunächst bis 1,12 Dollar je Euro Mitte Juli aufgewertet, seitdem aber kontinuierlich an Wert eingebüßt. Ende September belief sich der Wechselkurs auf rund 1,06 USD/EUR. Dies war der niedrigste Wert seit Mitte März. Die Wechselkursentwicklung dürfte mit den Unterschieden in der konjunkturellen Entwicklung und der Einschätzung der geldpolitischen Ausrichtung in den USA und dem Euroraum zusammenhängen. Für diese Prognose wird für die Jahre 2023 und 2024 jeweils ein Wechselkurs von 1,08 USD/EUR unterstellt.

Die Inflation hat sich deutlich von ihren Höchstständen aus dem vergangenen Herbst entfernt. Allerdings ist der rückläufige Trend zuletzt unterbrochen worden. Im Aggregat der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im August um 6,5 %. Das war zwar ein markanter Rückgang im Vergleich zum Höchstwert von 10,7 % im Oktober 2022, aber ein Anstieg um einen halben Prozentpunkt gegenüber Juli. Maßgeblich dafür dürfte sein, dass die Energiepreiskomponente inzwischen kaum noch sinkt, sodass der Inflationsdruck aus der Weitergabe von Kostensteigerungen in der Wertschöpfungskette sowie aus kräftigeren Lohnsteigerungen stärker zum Tragen kommt. So belief sich die Kerninflation ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel im August auf 6,8 %, nach 6,7 % im Juli.

Frühindikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes (Abbildung 7) signalisieren, dass die Schwächephase der Weltwirtschaft im Herbst und Winter anhält. Nachdem die globale Industrieproduktion schon seit einigen Monaten rückläufig ist, kann sich nun auch der Dienstleistungssektor nicht länger der Schwächephase entziehen. Dies steht im Einklang mit Beobachtungen aus früheren Konjunkturzyklen, dass ein Abschwung im Verarbeitenden Gewerbe in der Regel einer Eintrübung im Dienstleistungsbereich vorausläuft, es also nur vorübergehend zu einer Abkopplung der Dienstleistungs- von der Industriekonjunktur kommt. Auch die Schwäche in der Industrie wird wohl in den nächsten Monaten andauern, und die hohen Zinsen dämpfen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Allerdings wird der allmähliche Rückgang der Inflation dazu beitragen, dass die Realeinkommen im Prognosezeitraum wieder etwas steigen. Dies dürfte die Konsumausgaben beleben und die Konjunktur stützen. Darüber hinaus dürften die wichtigsten Zentralbanken im kommenden Jahr beginnen, die Leitzinsen wieder zu senken, sodass dann langsam auch die Investitionstätigkeit, insbesondere im Wohnbau, wieder in Schwung kommt. Zudem haben die Unternehmen ihre zwischenzeitlich

erhöhten Lagerbestände an Zwischenprodukten mittlerweile wohl weitgehend abgebaut. Gestützt wird die Industrieproduktion auch dadurch, dass sich die globalen Lieferketten weitgehend normalisiert haben. Dämpfend wirkt hingegen weiterhin die relativ schwache Entwicklung in China, wo die Krise im Immobiliensektor aufgrund von dessen hoher Bedeutung für Wertschöpfung und Beschäftigung die Einkommen der privaten Haushalte schwächt. In vielen Ländern dürften zudem mittelfristig die Realzinsen deutlich höher bleiben als vor der Pandemie und somit dämpfend auf die Konjunktur wirken. Alles in allem dürfte das globale Wirtschaftswachstum in diesem Jahr 2,7 % und im kommenden Jahr 2,8 % erreichen. Das ist deutlich weniger als im langjährigen Durchschnitt und auch eine geringere Dynamik als im Jahr 2022, als das Wachstum 3,3 % betrug.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: Refinitiv Datastream

Im **Euroraum** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal, wie bereits im ersten, um 0,1 %. Unter den vier größten Volkswirtschaften stagnierte die Wirtschaftsleistung in Deutschland, in Italien ging sie um 0,4 % zurück. Dagegen verzeichneten Frankreich und Spanien mit 0,5 % bzw. 0,4 % solide Zuwächse. Verwendungsseitig stagnierten die privaten Konsumausgaben. Der Staatskonsum wurde um 0,2 %, die Bruttoanlageinvestitionen wurden um 0,3 % ausgeweitet. Dabei dämpften die hohen Zinsen die Investitionen im Wohnbau. Hingegen legten die Ausrüstungsinvestitionen und jene im Nicht-Wohnbau zu. Dies dürfte unter anderem auf die staatlichen Impulse zurückgehen, die vielerorts im Rahmen des NextGenerationEU-

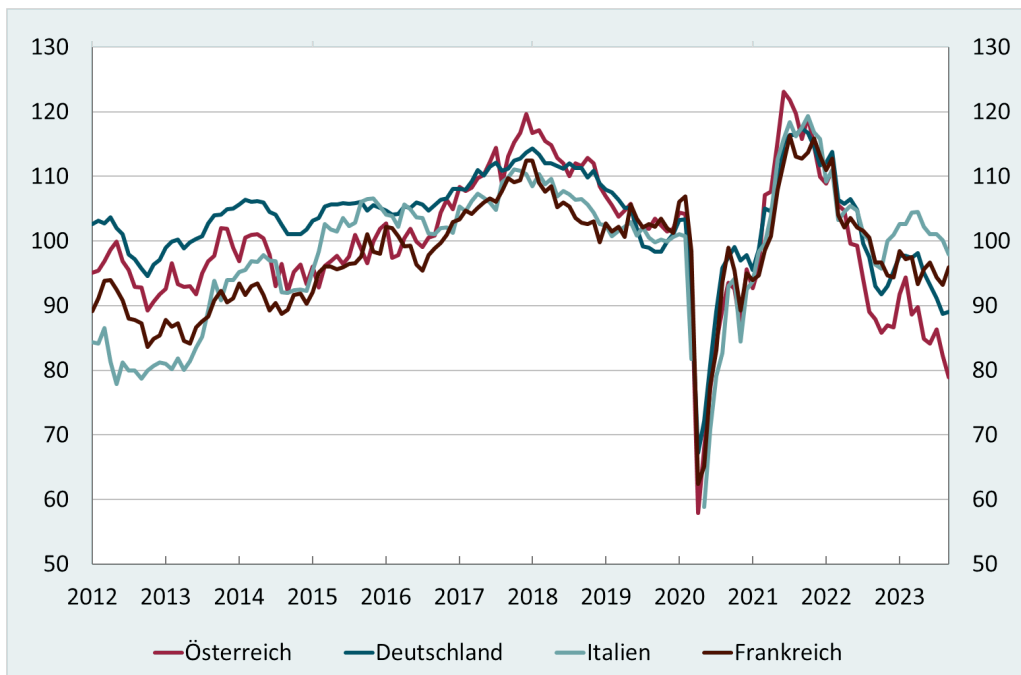
Programms gegeben wurden. Vom Außenhandel ging ein negativer Wachstumsbeitrag aus, denn die Exporte sanken um 0,7 %, während die Importe um 0,1 % zunahmen.

Der Arbeitsmarkt trotz bisher der Konjunkturschwäche. Die Beschäftigung ist weiter aufwärts gerichtet. Allerdings lässt das Tempo des Beschäftigungsaufbaus nach. Im zweiten Quartal erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 0,2 %, nach 0,5 % im ersten Quartal. Die Zunahme der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich von 0,9 % auf 0,2 %. Die Arbeitslosenquote fiel im Juni auf einen neuen Tiefstand von 6,4 % und war auch im August auf diesem Niveau. Die Teuerung hat sich seit ihrem historischen Höchststand im Herbst des Vorjahres auf 4,3 % im September 2023 mehr als halbiert. Die Kerninflationsrate (ohne Energie, Lebensmittel, Tabak und Alkohol) ist hingegen bislang kaum zurückgegangen. Sie lag im September bei 4,5 %. Seit März trägt die Energiekomponente negativ zur Gesamtinflation bei. Der Preisanstieg der übrigen Komponenten hat hingegen nur wenig nachgelassen.

Die Stimmung im Euroraum, gemessen etwa anhand des Index der wirtschaftlichen Einschätzung, deutet auf eine schwache Konjunktur auch im zweiten Halbjahr (Abbildung 8). Sowohl unter den Unternehmen als auch bei den privaten Haushalten ist die Stimmung gedrückt. Erst allmählich dürften der Rückgang der Inflation und der weiterhin robuste Arbeitsmarkt die Reallöhne und damit den Konsum stützen. Auch aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld werden im nächsten Jahr wohl wieder Impulse für die wirtschaftliche Aktivität kommen. Hingegen wird die Investitionstätigkeit wohl nur sehr langsam wieder in Fahrt kommen. Die restriktiveren geldpolitischen Rahmenbedingungen dämpfen vor allem die Bauinvestitionen weiterhin. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften erst spät im kommenden Jahr im Zuge der geldpolitischen Lockerung wieder deutlich an Schwung gewinnen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in den beiden Prognosejahren nur um 0,4 % bzw. 1,3 % steigen wird (Tabelle 2). Die Arbeitslosenquote sollte sich, ausgehend von 6,8 % im Jahr 2022, kaum ändern. Die Inflation dürfte langsam zurückgehen, aber auch am Ende des Prognosezeitraums noch deutlich über dem Zielwert der EZB von 2 % liegen.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quelle: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2022	2023	2024
BIP-Wachstum	3,3	0,4	1,3
Arbeitslosenquote	6,8	6,6	6,6
Inflation HVPI	8,4	5,6	3,0

Quelle: Eurostat, ab 2023 Prognose des IHS

Die Risiken für die weltweite Konjunktur sind nach wie vor groß. Möglicherweise steht die Phase der stärksten realwirtschaftlichen Dämpfung durch die hohen Nominal- und Realzinsen erst bevor. Dies wäre insbesondere dann zu erwarten, wenn die Preis- und Zinsänderungen wie schon im Frühjahr die Stabilität von Finanzinstituten gefährden würden, und zwar vor allem in Wirtschaftsräumen, wo keine starken geld- und finanzpolitischen Institutionen bestehen. Ein weiteres Risiko für die Weltwirtschaft geht von China aus, wo hohe Schulden der Unternehmen und Haushalte weiterhin den Immobiliensektor belasten. Die konjunkturelle Schwäche hat das Preisniveau in China zuletzt stagnieren lassen, was auch die internationale Inflationsdynamik dämpft. Die Kehrseite davon ist das Risiko einer Deflation in China, welche – ähnlich wie lange Zeit in Japan – mit einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung einhergehen könnte. Darüber

hinaus sind die geopolitischen Risiken nach wie vor hoch. Der Konflikt mit Russland kann jederzeit weiter eskalieren. Dies könnte in Verbindung mit einem kalten Winter neuerliche Preissteigerungen bei Erdgas in Europa zur Folge haben. Bedeutsame geopolitische Risiken ergeben sich auch aus den Spannungen zwischen China und den USA im Zusammenhang mit Taiwan. Darüber hinaus besteht die Gefahr eines zunehmenden Protektionismus im Welthandel.

2.2 Länderprognosen

Für die **Vereinigten Staaten** zeichnet sich trotz restriktiver Geldpolitik und Abschwächung des internationalen Umfelds keine Konjunkturabkühlung ab. Im zweiten Quartal 2023 stieg das BIP um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal und auch für das dritte Quartal deutet sich keine Abschwächung an. So weisen die BIP-Echtzeitindikatoren der Federal Reserve Banken von New York und Atlanta auf eine Fortsetzung des konjunkturellen Momentums im dritten Quartal hin. Der Anstieg im zweiten Quartal war in erster Linie auf höhere Konsumausgaben und Unternehmensinvestitionen zurückzuführen, was teilweise durch einen Rückgang der Exporte kompensiert wurde. Die Entwicklung des Bausektors blieb nach dem Einbruch im vergangenen Jahr auch im ersten Halbjahr 2023 gedämpft. Die Entwicklung der Haushaltseinkommen wird durch die weiterhin gute Arbeitsmarktlage unterstützt, wobei sich nach dem Boom eine gewisse Normalisierung am Arbeitsmarkt abzeichnet. Das monatliche Beschäftigungswachstum lag in den vergangenen sechs Monaten im Durchschnitt bei rund 200.000 neugeschaffenen Stellen, was nach wie vor eine solide Entwicklung darstellt, die aber unter den letzten beiden Jahren liegt. Die Arbeitslosenquote lag im August mit 3,8 % weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne belief sich im August auf 4,3 %, nachdem die durchschnittlichen Zuwächse im letzten Jahr bei rund 5,3 % gelegen hatten.

Die Binnenkonjunktur trotz dem restriktiven geldpolitischen Kurs der Fed, obwohl die USA im Disinflationsprozess einen deutlichen Vorsprung gegenüber dem Euroraum haben. Die Inflationsrate lag im Juli bei 3,2 % und damit weit unter Niveaus, die man momentan in den Ländern Europas beobachtet. Die Kerninflationsrate lag bei 4,7 %. Im Juli hob der Offenmarktausschuss der Fed die Bandbreite für die Federal Funds Rate um 25 Basispunkte auf 5,25 % bis 5,50 % an. Dabei handelte es sich um den elften Zinsschritt seit Anfang des letzten Jahres, als die Bandbreite noch zwischen 0 % und 0,25 % lag. In der Sitzung im September wurde die Bandbreite beibehalten. Zugleich reduziert die Fed weiterhin ihre Bestände an Staatsanleihen und Hypothekendarlehen. Der robuste Arbeitsmarkt würde weitere Leitzinsanhebungen erlauben, falls die Inflation zu hoch bleibt. Der Anstieg der Rendite auf 10-jährige US-Staatsanleihen auf über 4 % weist auch auf optimistischere Konjunkturerwartungen der Investoren hin. Für das Jahr 2023

erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von 2,0 %. Aufgrund der verzögerten Wirkung der restriktiven Geldpolitik und der nachlassenden Beschäftigungsdynamik dürfte sich das Wachstum auf 1,3 % im Jahr 2024 abschwächen.

In **Japan** expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2023 kräftig. Im zweiten Quartal war das Wachstum des BIP von 1,2 % gegenüber dem Vorquartal fast ausschließlich auf den Außenbeitrag zurückzuführen. Eine deutliche Abwertung des Yen führte zu einer Erholung der Exporte, während die Importe spürbar zurückgingen. Die Investitionen, die im Vorquartal kräftig expandiert hatten, stagnierten, und der private Konsum schrumpfte. Die Stimmungsindikatoren, wie die Einkaufsmanagerindizes, deuten derzeit auf eine gespaltene Konjunktur hin. Sie zeigen eine steigende Aktivität im Dienstleistungssektor, während sich der Index für das Verarbeitende Gewerbe unterhalb der Expansionsschwelle befindet.

Die starke Abwertung des Yen verschärfte den Inflationsdruck. Trotz der seit Anfang des Jahres rückläufigen Energiepreise lag die Inflation im August bei 3,2 %. Infolgedessen wurden zuletzt kräftige Tariflohnerhöhungen vereinbart. Mit einem deutlichen Rückgang der Inflation ist erst im nächsten Jahr zu rechnen. Aufgrund der demografischen Entwicklung bleibt die Arbeitslosenquote stabil auf einem niedrigen Niveau. Im August lag sie bei 2,7 %.

Die Fortsetzung der expansiven Geld- und Finanzpolitik unterstützt weiterhin die Konjunktur. Die Bank of Japan hält weiter an den Zielmarken von –0,1 % für die kurzfristigen Zinsen und 0 % für die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen fest. Damit bleiben die Zinsen im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrig. Ein Nachtragshaushalt, worüber derzeit diskutiert wird, soll die dämpfenden Effekte des Auslaufens der Maßnahmen zur Linderung der Energiekrisenfolgen mildern. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden und im nächsten Jahr um 1,8 % bzw. 1,0 % zulegen.

Nach einer lebhaften Entwicklung im ersten Quartal schwächte sich die Wirtschaftsdynamik in der **Volksrepublik China** im zweiten Quartal ab. Die gesamtwirtschaftliche Produktion legte nur noch um 0,8 % zu. Die Probleme am Immobilienmarkt bremsten die Wirtschaftsdynamik. So hat die Zahl der Bauvorhaben deutlich abgenommen und große Immobilienkonzerne sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Zusätzlich dämpfte die schwache Nachfrage aus den Industrieländern den chinesischen Außenhandel.

Um die Konjunktur anzukurbeln, ergriff die Politik im Sommer zahlreiche Maßnahmen. Gleichzeitig versucht die Zentralbank, die Finanzierungskosten zu reduzieren und die Schwäche des Yuan zu kontrollieren. Derzeit liegt der Wechselkurs des Yuan gegenüber dem Dollar auf dem niedrigsten Stand seit 2007.

Die Maßnahmen unterstützten den Konsum, der im August anzog. Auch die Industrie kam in Schwung. Die Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion nahmen im August um jeweils 4,5 % im Jahresvergleich zu und die Autoverkäufe stiegen. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe stieg im September auf 50,2 und lag damit geringfügig über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der Rückgang der Bauproduktion setzte sich hingegen im August fort. Immobilieninvestitionen und die Zahl der Bauvorhaben schrumpften um etwa 20 % im Jahresvergleich. Daher leidet auch die Beschäftigung in der Baubranche. Wegen der konjunkturellen Schwäche stagniert das Preisniveau. Allerdings dürfte aufgrund des jüngsten Anstiegs der globalen Energiepreise und der Abwertung des Yuan der Preisdruck zunehmen.

Angesichts des Konsolidierungsbedarfs im Immobiliensektor ist mit einer nur moderaten Zunahme der Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum zu rechnen. Die Bedeutung der Exporte als Wachstumstreiber dürfte mit der Erholung der Auslandsnachfrage weiter zunehmen. Zusätzlich sollte die Abwertung des Yuan seit Anfang dieses Jahres sowohl gegenüber dem Euro als auch gegenüber dem US-Dollar die Exporte stützen. Im Jahr 2023 dürfte die BIP-Expansion 5,0 % betragen, was dem von der Regierung für dieses Jahr festgelegten Wachstumsziel von 5 % entspricht. Im nächsten Jahr dürfte das BIP um 4,6 % zunehmen.

In **Deutschland** hat das saison- und arbeitstagebereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2023 stagniert, nachdem es in den beiden vorangegangenen Quartalen gesunken war. Der private und der öffentliche Konsum wurden im zweiten Quartal geringfügig ausgeweitet. Einem stärkeren Anstieg standen beim privaten Konsum der inflationsbedingte Realeinkommensentzug und beim Staatskonsum das Auslaufen von Coronamaßnahmen entgegen. Die Ausrüstungsinvestitionen zeigten sich bisher robust gegenüber der hohen Unsicherheit und den starken Zinssteigerungen. Hier wurden noch hohe Auftragsbestände abgearbeitet. Die Zinserhöhungen und die vorangegangenen Kostensteigerungen versetzten aber dem Wohnbau einen Dämpfer. Besonders negativ trug der Außenhandel zur Wirtschaftsentwicklung bei, denn die Exporte gingen gegenüber dem Vorquartal zurück, während die Importe stagnierten. Auf der Entstehungsseite sank die Wertschöpfung im Gastgewerbe, in der Energie- und Wasserversorgung und bei den energieintensiven Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe deutlich. Im Baugewerbe legte die Wertschöpfung noch leicht zu.

Die Konjunkturschwäche hat inzwischen den Arbeitsmarkt erreicht. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist leicht auf 5,7 % im Juni gestiegen, wo sie bis September verharrete. Zugenommen hat auch die Zahl der von Unternehmensinsolvenzen und Betriebsaufgaben betroffenen Beschäftigten, nicht jedoch die konjunkturelle Kurzarbeit. Dies deutet darauf hin, dass vor allem in energieintensiven Unternehmen dauerhafte Personalanpassungen vorgenommen wurden. Angesichts des sich künftig weiter

verschärfenden Arbeitskräftemangels in vielen Bereichen dürfte die Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum nur leicht steigen. Der Beschäftigungsaufbau dürfte gleichwohl demografisch bedingt zum Stillstand kommen.

Die Inflationsrate ist zwar seit Jahresbeginn deutlich gefallen, sie ist aber immer noch sehr hoch. Im September belief sie sich auf 6,1 %. Die Energierohstoffpreise sind inzwischen deutlich niedriger als auf ihrem jüngsten Höhepunkt, und die Energiekomponente des Verbraucherpreisindex wirkt preisdämpfend. Aufgrund von Zweitrundeneffekten war die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) mit 5,2 % immer noch hoch. Im Einklang mit der Konjunkturflaute und den sinkenden Energiepreisen dürfte die Inflationsrate in den kommenden Monaten deutlicher zurückgehen.

Die Wirtschaftsleistung dürfte bis zum Ende dieses Jahres schwach bleiben. Darauf deutet hin, dass der ifo Geschäftsklimaindex im September den fünften Monat in Folge gesunken ist, wenn auch nur noch wenig. Während der Index im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel stieg, ging er im Dienstleistungssektor das sechste Mal in Folge zurück. Im Bauhauptgewerbe fiel er sogar auf den niedrigsten Stand seit Anfang 2009. Auch die ifo Exporterwartungen fallen seit einigen Monaten. Erst im kommenden Jahr dürften die Realeinkommen mit der sinkenden Inflation und den merklichen Lohnerhöhungen wieder zunehmen. Sofern die wirtschaftspolitische Unsicherheit abnimmt, werden auch die Investitionen wieder anziehen. Darüber hinaus dürfte im Lauf des kommenden Jahres die Auslandsnachfrage steigen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2023 wohl um 0,6 % sinken und im Jahr 2024 um 1,1 % steigen.

In **Italien** ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2023 um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen, nachdem sie im ersten Quartal um 0,6 % gestiegen war. Eine Konjunkturabschwächung machte sich bereits im zweiten Halbjahr des letzten Jahres bemerkbar. Die Konjunkturschwäche spiegelte sich im zweiten Quartal in allen Nachfragekomponenten des BIP wider. Während der private Konsum stagnierte, sanken die Bruttoanlageinvestitionen, der öffentliche Konsum, die Exporte und die Importe. Der Bausektor verzeichnete einen starken Rückgang, die Industrieproduktion hat sich leicht abgeschwächt und der Dienstleistungssektor stagnierte. Die ausländischen Nöchtigungen lagen im letzten Jahr noch um 12,1 % unter dem Niveau des Jahres 2019. Im Frühjahr entwickelte sich der Fremdenverkehr jedoch gut. Im Mai blieb der ausländische Tourismus aber wetterbedingt hinter dem Vorjahr zurück. Während eine Konjunkturabkühlung bereits im Gange ist, zeigen sich die Arbeitsmarktdaten noch robust. Im Juli lag die Zahl der Beschäftigten mit knapp 23,5 Millionen auf einem sehr hohen Niveau, es kam allerdings zu einem leichten Rückgang gegenüber dem Vormonat. Die Arbeitslosenquote blieb mit 7,6 % historisch niedrig. Die Stimmungsindikatoren

befinden sich auf einem Abwärtspfad, weisen aber nicht auf einen bevorstehenden Einbruch hin.

Die Inflationsrate hatte ihren Höchststand bei 11,8 % im November und Dezember des letzten Jahres, bevor sie zu sinken begann und im August 5,5 % betrug. Die Straffung der Geldpolitik der EZB erhöht die Zinslast angesichts des hohen öffentlichen Schuldenstands, eine Ausweitung des Renditeaufschlags gegenüber deutschen Bundesanleihen, wie in vergangenen Krisen, blieb bislang aber aus. Die Fiskalmaßnahmen zur Unterstützung von Haushalten und Unternehmen angesichts der Teuerung werden im laufenden Jahr voraussichtlich zurückgenommen. Infolge der Konjunkturabkühlung erwartet das Institut für das laufende Jahr nur noch 0,7 % BIP-Wachstum. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum von 0,8 % erwartet.

Nach einer Stagnation zu Beginn des Jahres stieg In **Frankreich** das BIP im zweiten Quartal 2023 um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Die Komponenten der Inlandsnachfrage entwickelten sich aber schwach, während ein positiver Wachstumsbeitrag der Nettoexporte verzeichnet wurde. Trotz robuster Arbeitsmarktlage und einer sinkenden Inflationsrate waren die Haushalte beim Konsum zurückhaltend. Die Einzelhandelsumsätze sind schon seit Jahresbeginn rückläufig und auch in den Umfragen unter KonsumentInnen hat sich die Stimmung eingetrübt. Die Arbeitslosenquote lag im Juli mit 7,3 % auf einem niedrigen Niveau, befand sich allerdings in den letzten Monaten auf einem leichten Aufwärtspfad. Die Beschäftigung legte im zweiten Quartal, ausgehend von einem bereits sehr hohen Niveau, weiter zu, und die Realeinkommen stiegen im ersten Halbjahr leicht. Die Inflationsrate befand sich auf einem Abwärtstrend, der allerdings im August unterbrochen wurde durch einen Anstieg auf 4,9 %, der vor allem durch einen Anstieg der Energie- und Treibstoffpreise verursacht wurde. So stieg etwa der regulierte Strompreis mit 1. August um 10 %.

Die Industrieproduktion legte im zweiten Quartal leicht zu, während die Bauaktivitäten rückläufig waren. Die Industrieumfragen weisen weiterhin auf eine leichte Ausweitung der Produktion im dritten Quartal hin. Im Baugewerbe und in der Industrie ließen die Lieferschwierigkeiten laut der monatlichen Firmenumfrage der Banque de France im August weiter nach. Die Produzenten meldeten zudem einen starken Rückgang der Rohstoffpreise, während sich die Preise für Fertigwaren stabilisierten. In allen drei Sektoren (Bau, Industrie und Dienstleistungen) ging der Anteil der Unternehmen, die im Vormonat ihre Verkaufspreise erhöht haben, weiter zurück und näherte sich wieder dem Vor-Pandemie-Niveau. Die Rekrutierungsschwierigkeiten ließen etwas nach, betrafen aber immer noch die Hälfte aller Unternehmen. Das Institut rechnet für das laufende Jahr mit einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 0,8 %. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum von 1,2 % prognostiziert.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal des laufenden Jahres um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Nach einer Revision der VGR-Daten im September lag das BIP-Niveau bereits im vierten Quartal 2021 wieder um 0,6 % über dem Vorcoronaniveau (viertes Quartals 2019), nicht um 1,2 % darunter, wie vor der Revision berechnet. Zuletzt lieferten die Investitionen und der private Konsum positive Beiträge zum Wachstum, während vom Außenhandel ein negativer Beitrag ausging. Am Arbeitsmarkt ist die Zahl der offenen Stellen auf hohem Niveau rückläufig und im August zum ersten Mal wieder unter die Schwelle von einer Million gefallen. Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Monaten etwas gestiegen und lag zuletzt bei 4,3 %. Dies ist weiterhin ein vergleichsweise niedriges Niveau. Sowohl der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor als auch jener für das verarbeitende Gewerbe sind zurückgegangen und lagen im September mit 47,2 bzw. 44,2 Punkten unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Dagegen ist die Stimmung der VerbraucherInnen in den vergangenen Monaten auf niedrigem Niveau leicht gestiegen und deutet auf eine verhalten positive Konsumententwicklung hin.

Der private Konsum wird durch den hohen Preisanstieg gedämpft, was sich im Prognosezeitraum nur langsam verbessern dürfte. Die Inflation ist von ihrem Rekordniveau vom Oktober 2022 (11,1 %) zwar etwas zurückgegangen, lag im August mit 6,7 % aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Teuerungsraten liegen seit Herbst 2021 deutlich über dem 2-Prozent-Ziel der Bank of England, was die Notenbank dazu veranlasst hat, ihre Leitzinsen in mehreren Schritten auf gegenwärtig 5,25 % zu erhöhen. Damit dürfte das Ende des Zinserhöhungszyklus nahezu erreicht sein. Die geldpolitische Straffung belastet sowohl den Wohnbau als auch die Unternehmensinvestitionen. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 0,3 % bzw. 0,8 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** hat im zweiten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorquartal stagniert. Der Konsum entwickelte sich dabei weiter gut, gestützt durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung stieg erneut kräftig an und die Arbeitslosenquote erreichte im August mit 2,0 % weiter einen sehr niedrigen Stand. Die chemisch-pharmazeutische Industrie und der Großteil der übrigen Branchen verzeichneten Rückgänge der Wertschöpfung, insbesondere aufgrund rückläufiger Exporte, nur die Uhrenindustrie sowie der Fahrzeugbau entwickelten sich positiv. Insgesamt trug der Außenhandel allerdings zuletzt aufgrund der Entwicklung bei den Dienstleistungen positiv zum Wachstum bei. Die Inflation war in den vergangenen Monaten weiter rückläufig, insbesondere aufgrund der sinkenden Preise von Erdölprodukten, und ging bis August auf 1,6 % zurück. Der Leitzinssatz der Schweizerischen Nationalbank liegt seit Juni bei 1,75 % und es ist mit keinen weiteren Zinserhöhungen zu rechnen.

Die Stimmungsindikatoren entwickeln sich schwach. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie liegt seit Jänner unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten und ist im August marginal auf 39,9 Punkte gestiegen. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor pendelte zuletzt um den Wert von 50 und lag im August mit 50,3 knapp darüber. Das KOF Konjunkturbarometer entwickelt sich seit März rückläufig und lag im August mit 95,9 Punkten deutlich unterhalb seines langfristigen Mittelwerts von 100. Insgesamt deuten die Stimmungsindikatoren auf eine verhaltene Entwicklung der Wirtschaft. Im laufenden Jahr werden die stärksten Impulse von der Inlandsnachfrage erwartet, im kommenden Jahr sollte mit dem Erstarren der globalen Nachfrage der Außenhandel wieder mehr zum Wachstum beitragen. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein BIP-Wachstum von 0,8 % bzw. 1,7 %.

Im zweiten Quartal des laufenden Jahres verlief die Konjunktur in den **mittel- und osteuropäischen Ländern** uneinheitlich. In Südosteuropa setzte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung fort, während in den mitteleuropäischen Ländern die Entwicklung rückläufig war. In Polen und in Ungarn ging die Wirtschaftsleistung infolge eines, aufgrund von sinkenden Realeinkommen, schwachen privaten Konsums deutlich zurück. In Tschechien stagnierte das reale BIP nahezu und blieb somit unter dem Niveau von vor der Pandemie. In Kroatien, Rumänien und Bulgarien hingegen war der private Konsum robust und die Wirtschaftsleistung nahm deutlich zu. Gefördert durch EU-Mittel, stützten die Investitionen die Konjunktur. In Ungarn hingegen gingen die Investitionen kräftig zurück, da die meisten staatlichen Infrastrukturprojekte aufgrund der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung gestrichen wurden. Da die Importe rückläufig waren, trugen die Nettoexporte fast überall positiv zum BIP-Wachstum bei.

Die Inflation folgte der Dynamik der weltweiten Nahrungsmittel- und Energiepreise und schwächte sich seit Anfang des Jahres kontinuierlich ab. Allerdings blieben die Raten im August in den Ländern mit eigenständiger Geldpolitik sowie in der Slowakei weiter um die 10 % und in Ungarn mit 14,2 % deutlich darüber. In Slowenien und in Bulgarien sind die Inflationsraten mit 6,1 % bzw. 7,5 % am stärksten gesunken. Bei den Dienstleistungen geht die Inflation nur langsam zurück. Wegen des Basiseffekts ist zu erwarten, dass sich die Abschwächung der Inflation in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen wird. Allerdings stellen der zuletzt gestiegene Ölpreis und die leichte Beschleunigung der Energieinflation zusammen mit dem starken Lohnwachstum Unsicherheitsfaktoren für die Inflation in den nächsten Monaten dar. Bis Ende dieses Jahres dürfte die Inflation in allen Ländern einstellige Werte erreichen. Es wird aber erwartet, dass im Jahr 2024 in allen Ländern die Inflation immer noch über den Zielvorgaben der Zentralbanken liegen wird.

Zur Inflationsbekämpfung wurden die Leitzinsen im Laufe dieses Jahres stark erhöht. Mit der Abschwächung der Inflation haben einige Zentralbanken aber bereits mit einer

Lockerung der Geldpolitik begonnen. Im Mai startete die ungarische Zentralbank eine Senkung der Zinssätze und setzte sie im Sommer fort, sodass sich aktuell der Leitzinssatz auf 13 % beläuft. Die Zentralbank Polens folgte mit einer Zinssenkung im September. In Tschechien und in Rumänien werden Zinssenkungen erst Ende dieses Jahres bzw. im Laufe des nächsten Jahres erwartet.

Die Arbeitslosigkeit bleibt niedrig, da fast überall Arbeitskräftemangel herrscht. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten im Juli Tschechien und Polen mit 2,7 % bzw. 2,8 %, die höchste Kroatien mit 6,8 %.

Um die Auswirkungen der hohen Inflation auf private Haushalte und Unternehmen zu mildern, ergriffen die Länder im Vorjahr zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen. Viele dieser Maßnahmen wirken auch in diesem Jahr und schlagen sich in hohen Budgetdefiziten nieder. Die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung könnten die Wirtschaftsdynamik im kommenden Jahr bremsen.

Die Wirtschaftsleistung in den mittel- und osteuropäischen Ländern wird in den Wintermonaten nur langsam expandieren. Das schwächere Wachstum im Euroraum, vor allem in Deutschland, trübt den Ausblick für die Warenexporte. Zudem verteuern die höheren Zinsen die Kredite für private Haushalte und Unternehmen. Mit einem Nachlassen des Inflationsdrucks und steigenden Realeinkommen dürfte der private Konsum im kommenden Jahr an Fahrt gewinnen. Eine erwartete Erholung der Auslandsnachfrage hellt die Aussichten für die exportorientierten osteuropäischen Volkswirtschaften auf. Die sinkenden Zinsen werden die Investitionstätigkeit stützen. Andererseits werden sich im nächsten Jahr aufgrund der Umstellung auf den Bezug von EU-Mitteln im aktuellen Haushaltszeitraum 2021 bis 2027 weniger Projekte in der Implementierungsphase befinden. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien) um 0,3 % in diesem Jahr und um 2,4 % im nächsten Jahr zunehmen.

In **Russland** stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal um 4,9 %, nachdem sie im Vorquartal um 1,8 % zurückgegangen war. Damit erreichte das Bruttoinlandsprodukt wieder sein Niveau von vor dem Überfall auf die Ukraine. Ein Anstieg der Reallöhne und der Sozialleistungen sowie eine Expansion der Konsumkredite stützten zusammen mit den Entschädigungen an die zum Wehrdienst Eingezogenen den privaten Konsum, der stark zunahm. Im Zusammenhang mit den gestiegenen Militärausgaben und öffentlich geförderten Projekten erhöhten sich die Investitionen beträchtlich.

Wegen Sanktionsumgehung und einer starken Zunahme des russischen Handelsvolumens mit Ländern wie China, Indien oder der Türkei sind die Produktion und der Export von Erdöl und Ölprodukten nahezu auf Vorkriegsniveau zurückgekehrt. Die

Gasproduktion hat aber aufgrund fehlender Exporte von Pipelinegas nach Europa stark gelitten und war im Juni um 15 % niedriger als vor einem Jahr. Da seit Beginn des Kriegs viele Arbeitskräfte in die Armee eingezogen wurden oder das Land verlassen haben, um dem Militärdienst zu entgehen, ist der Arbeitsmarkt zunehmend mit Engpässen konfrontiert. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Juli mit 3,1 % ein sehr niedriges Niveau.

Die starke Zunahme der Produktion und die deutliche Abwertung des Rubel haben zu einem erneuten Anstieg der Inflation beigetragen, die im August auf 5,2 % kletterte. Aufgrund eines hohen staatlichen Haushaltsdefizits und eines drastischen Rückgangs des Überschusses in der Leistungsbilanz hat der Rubel gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn rund ein Drittel seines Wertes eingebüßt. Um dem zu begegnen, hat die Zentralbank den Leitzins kräftig angehoben, zuletzt auf 13 %. Dies dürfte aber die Wachstumsrate der Kreditvergabe in den nächsten Monaten verlangsamen. Da die langfristigen wirtschaftlichen Folgen des Braindrains und das westliche Exportverbot für Hochtechnologie die längerfristigen Wachstumsaussichten Russlands beeinträchtigen, sind die Möglichkeiten einer deutlichen Expansion der russischen Wirtschaft begrenzt. Dank einer robusten Leistung in der ersten Jahreshälfte dürfte die Wirtschaft im laufenden Jahr moderat wachsen, auch wenn sich die Dynamik gegen Ende des Jahres abschwächen dürfte. Alles in allem könnte die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 2,0 % und im nächsten Jahr um 1,0 % zunehmen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022	2023	2024
BIP, real					
Deutschland	-3,8	3,2	1,8	-0,6	1,1
Italien	-9,0	8,3	3,7	0,7	0,8
Frankreich	-7,5	6,4	2,5	0,8	1,2
Vereinigtes Königreich	-10,4	8,7	4,3	0,3	0,8
Schweiz	-2,1	5,4	2,6	0,8	1,7
USA	-2,8	5,9	2,1	2,0	1,3
Japan	-4,2	2,2	1,0	1,8	1,0
China	2,2	8,4	3,0	5,0	4,6
Polen	-2,0	6,9	5,1	0,3	2,5
Slowakei	-3,3	4,9	1,7	1,5	2,3
Tschechien	-5,5	3,6	2,4	0,3	2,3
Ungarn	-4,5	7,2	4,6	-0,8	2,5
Slowenien	-4,2	8,2	2,5	1,6	2,3
MOEL-5 ⁱ	-3,2	6,2	4,4	0,3	2,4
Bulgarien	-4,0	7,6	3,4	1,8	3,0
Rumänien	-3,7	5,8	4,7	2,8	3,3
Kroatien	-8,5	13,1	6,2	2,6	2,5
Russland	-2,7	5,6	-2,1	2,0	1,0
Euroraum	-6,1	5,6	3,3	0,4	1,3
NMS-5 ⁱⁱ	-3,3	6,2	4,4	0,7	2,7
EU-27	-5,6	5,7	3,4	0,4	1,4
OECD	-4,4	5,7	3,0	1,4	1,6
Welt	-3,1	6,1	3,3	2,7	2,8
Welthandel (Waren laut CPB)	-5,1	10,4	3,2	-1,7	2,0
Österreichische Exportmärkte	-8,5	10,2	6,9	-0,3	2,0
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,14	1,18	1,05	1,08	1,08
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	42,8	70,7	100,8	85,0	87,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Der weltweite Warenhandel hat sich im Jahr 2023 abgeschwächt. Während im letzten Jahr noch ein Zuwachs von 3,2 % verzeichnet wurde, ging der globale Warenhandel im ersten Halbjahr 2023 um 1,4 % gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr zurück. Der Rückstau, welcher infolge der krisenbedingten Verwerfungen in den Auftragsbüchern vieler Exportunternehmen entstanden war, hat dazu geführt, dass die **österreichische Außenwirtschaft** einer Abkühlung bislang weitgehend standhielt. Ein Ende des Aufholprozesses scheint sich aber im laufenden Jahr abzuzeichnen. Umfragen in den exportorientierten Industriezweigen lassen auf sehr gedämpfte Absatzerwartungen schließen.

Für das erste Halbjahr 2023 weisen die hochfrequenten Exportindikatoren bislang auf eine moderate Entwicklung der Warenexporte hin. Dem Rückgang im Neugeschäft stand aber zu Jahresbeginn in einigen Sektoren noch ein hoher Lager- und Auftragsbestand gegenüber. Die (nominellen) Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, die rund 40 % der gesamten Güterexporte ausmachen, stiegen im ersten Halbjahr um 15,0 % auf ein Ausfuhrvolumen von 8,5 Mrd. Euro. Die heimische Sachgüterindustrie beurteilte die Exportauftragsbestände in den vergangenen Monaten aber zunehmend vorsichtig. Am Höchststand Mitte letzten Jahres wurde die Exportauftragslage im Durchschnitt noch von über 80 % der Befragten als mehr als ausreichend oder ausreichend eingestuft. Mittlerweile beurteilen nur noch rund 50 % der Befragten die Eingänge in den Auftragsbüchern als ausreichend. Die Exportaufträge für Konsumgüter werden dabei verhaltener eingestuft als Exportaufträge im Bereich von Vorprodukten, Investitionsgütern und Kraftfahrzeugen. Die relevanten Vorlaufindikatoren implizieren für das zweite Halbjahr überwiegend eine schwache Entwicklung. Für den Jahresdurchschnitt 2023 geht das Institut von einer Stagnation der realen Warenexporte aus, gefolgt von einem Zuwachs von 2,0 % im Jahr 2024.

Auch der Aufholprozess im Reiseverkehr neigt sich voraussichtlich seinem Ende zu, nicht zuletzt aufgrund der starken heimischen Preisanstiege, die zu einer zunehmenden Konsumzurückhaltung ausländischer Gäste beitragen. Auf nomineller Basis hat sich der Fremdenverkehr aber bislang im Jahr 2023 sehr positiv entwickelt. Im ersten Halbjahr erreichten die Nächtigungen ausländischer TouristInnen mit 55,9 Millionen nahezu das Niveau der ersten sechs Monate im Vorkrisenjahr 2019. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die ausländischen Nächtigungen im ersten Halbjahr um 23,8 %, da der Wintertourismus im vergangenen Jahr noch durch die Coronakrise beeinträchtigt war. Im Juli lagen die Nächtigungen ausländischer Gäste mit 13,9 Millionen etwa auf dem Niveau des Juli 2019. Der reale Umsatz wird aber voraussichtlich infolge der starken Preisanstiege im Bereich Beherbergung und Gastronomie nicht mit den Zuwächsen bei den ausländischen

Ankünften und Nächtigungszahlen Schritt halten können. Zudem kam es im August durch Unwetter und Flutkatastrophen, insbesondere in Kärnten, zu Beeinträchtigungen des Fremdenverkehrs, weshalb etwas weniger Nächtigungen als im August letzten Jahres verzeichnet wurden. Die Preisanhebungen weisen allerdings auch auf Zuversicht in der Tourismuswirtschaft hin, diese bei den KonsumentInnen auch durchsetzen zu können. Insbesondere der Städtetourismus konnte im laufenden Jahr wieder stark zulegen. Das Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Anstieg der realen Reiseverkehrsexporte um 15,0 % gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum von 1,6 % erwartet. Insgesamt wird ein Zuwachs der realen Exporte iwS im laufenden Jahr von 1,0 % prognostiziert. Für das Jahr 2024 wird ein Anstieg um 2,1 % erwartet.

Die realen Warenimporte wurden im ersten Halbjahr durch die Abschwächung der heimischen Industrie in Mitleidenschaft gezogen. Im zweiten Halbjahr wird die Entwicklung der Importe durch die Industrierezession im Inland weiter gedämpft. Das Handelsbilanzdefizit ist im ersten Halbjahr mit rund 3,4 Milliarden Euro um rund 60 % geringer ausgefallen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das gesamte Jahr 2023 erwartet das Institut einen Rückgang der Warenimporte um 1,0 %. Durch die Konjunkturaufhellung wird für das Jahr 2024 ein Anstieg um 0,8 % erwartet. Nachdem der Energiepreisschock im vergangenen Jahr die Terms of Trade stark negativ beeinflusst hat, dürften sich diese in den Jahren 2023 und 2024 leicht verbessern.

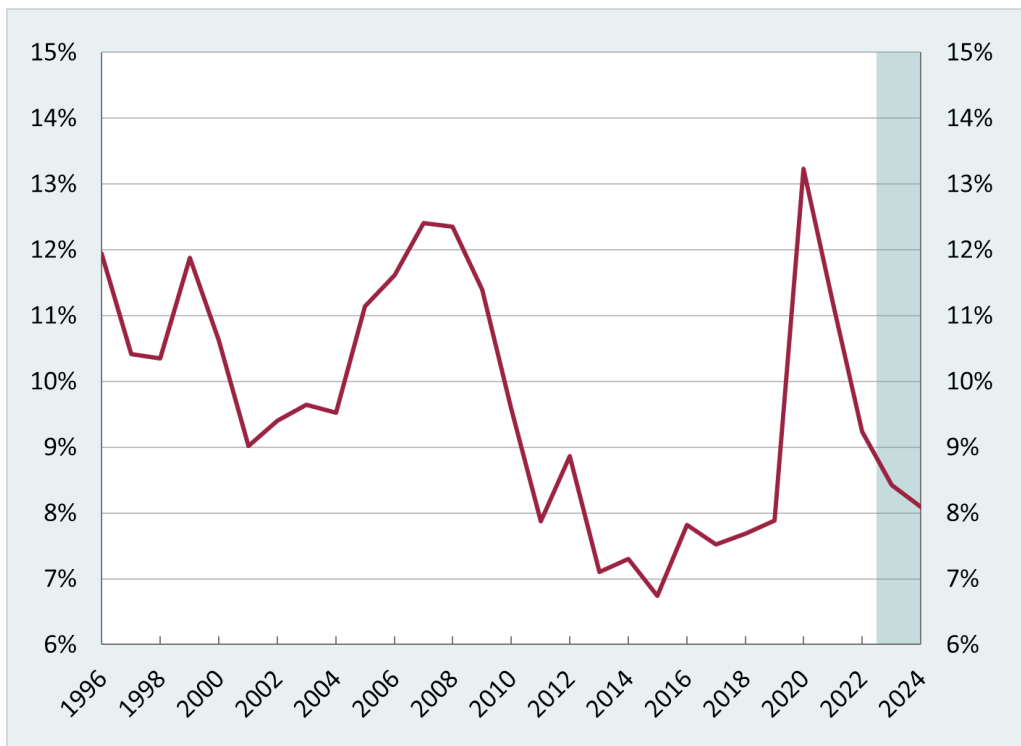
4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im laufenden Jahr büßen die österreichischen Haushalte einen Teil ihres Ausgabenspielraums ein, denn ihre Realeinkommen schrumpfen. Dafür ist der noch immer starke Preisauftrieb verantwortlich, der die nominellen Zuwächse aufzehrt. In dieses Bild passt auch die Dynamik einiger monatlich erhobener Vorlaufindikatoren. Zum Beispiel vermehren die nominellen Einzelhandelsumsätze immer wieder deutliche Zuwächse gegenüber dem Vorjahr, bei Berücksichtigung der Teuerung ergibt sich jedoch ein reales Minus im Jahresvergleich. Ein anderes Bild vermitteln allerdings die PKW-Neuzulassungen, die sich so lebhaft entwickeln wie schon seit Jahren nicht mehr, vor allem im Bereich der Fahrzeuge mit elektrischem oder hybridem Antrieb. Die aus kurzfristigen Indikatoren erwachsenden Signale sind also etwas uneinheitlich. Insgesamt überwiegt der Eindruck, dass die Haushalte noch immer über einen Teil ihrer während der Pandemie aufgestauten Sparpolster verfügen und diese gerne im Rahmen des Möglichen in Anschaffungen umsetzen.

Gegenüber der Sommer-Prognose muss das Institut die Einschätzung der Haushaltsnachfrage im Einklang mit dem schlechteren konjunkturellen Gesamtbild etwas zurücknehmen. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst im laufenden Jahr inflationsbereinigt um 0,2 %, im kommenden Jahr um 1,5 %. In beiden Prognosejahren finanzieren die Haushalte ihre Ausgaben teilweise durch Rückgriffe auf Ersparnisse. Heuer schrumpfen die real verfügbaren Haushaltseinkommen um 0,8%, der wenn auch geringfügige reale Zuwachs an Konsum erfordert also ein leichtes Entsparen. Die jüngste Revision der VGR-Daten ergibt, dass das Niveau der Realeinkommen im Jahr 2019, also vor der Pandemie, bereits im Vorjahr überschritten wurde. Der Einkommensverlust während der Pandemie konnte also bereits kompensiert werden, anders als dies noch in der Sommer-Prognose auf Basis früherer VGR-Daten berechnet wurde. Entsprechend lagen auch die Konsumausgaben schon im Jahr 2022 über dem Niveau vor der Pandemie.

Die Konsumnachfrage der österreichischen Haushalte reagiert empfindlich auf Verschiebungen in der Dynamik zwischen Lohneinkommen und anderen Einkommen (vereinfachend Gewinneinkommen). Die stärker konsumwirksamen Lohneinkommen entwickeln sich heuer im Gleichschritt mit den Gewinneinkommen, während im kommenden Jahr die Gewinneinkommen zurückbleiben. Dieses Muster bewirkt dann einen zusätzlichen Konsumimpuls. Auch die Tatsache, dass die Haushaltssparquote noch immer etwas über ihrem vermutlichen längerfristigen Zielwert liegt, wirkt konsumfördernd. Im Jahr 2024 werden die Realeinkommen um 1,1 % zunehmen, die österreichischen Haushalte lassen aber ihre Konsumausgaben um 1,5 % expandieren, also nochmals etwas stärker, als dies die Einkommensdynamik impliziert.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote** und lässt eine Abfolge mehrjähriger Zyklen erkennen, die durch kurzfristige Entwicklungen gestört werden. Den Zeitraum bis zum Jahr 2015 könnte man als eine längere Abwärtsbewegung interpretieren, nur während der Jahre 2005 bis 2010 unterbrachen höhere Sparquoten diesen Trend. Ab 2015 folgte darauf eine neue Phase der Konsolidierung bei leichtem Aufbau, die diesmal die Sonderentwicklung der Coronajahre mit ihren erhöhten Sparquoten unterbrach. In dieser Episode wurde 2020 ein Rekordwert von 13,2 % erreicht. Die sprunghaft gestiegene Sparquote baut sich ab 2021 allmählich ab. Eine stärkere Revision der Einkommensrechnung der letzten Jahre hat nun ergeben, dass die Werte der Haushaltssparquote für das vergangene und das laufende Jahr mit denen vor der Coronapandemie recht genau übereinstimmen. Der mutmaßliche Gleichgewichtswert dieser Kenngröße könnte bei rund 8 % liegen und wird im kommenden Jahr bereits annähernd erreicht.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbsscharakter** expandiert im Prognosezeitraum kontinuierlich, parallel zum Konsum der Haushalte heuer etwas gedämpfter als im kommenden Jahr. Für das laufende Jahr wird ein Wachstum von 1,0 %, für das nächste Jahr eines von 2,0 % ausgewiesen. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum ändert die ausgewiesenen

Wachstumsraten nur unerheblich. Auch für den privaten Konsum insgesamt gelten in den beiden Prognosejahren reale Wachstumsraten von 0,2 % und 1,5 %.

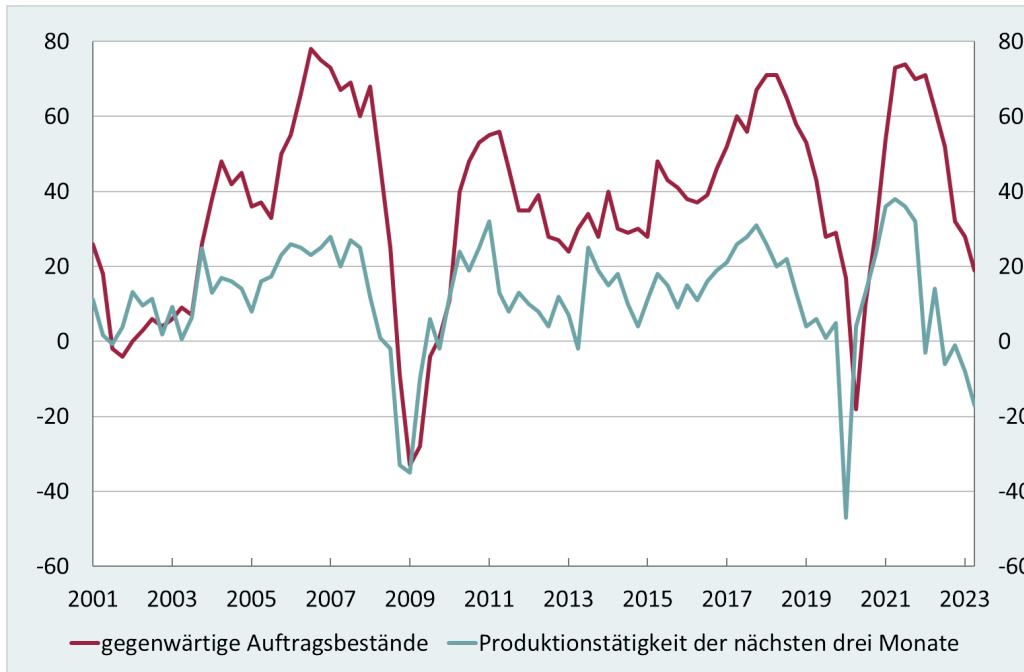
Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** waren im ersten Halbjahr 2023 um knapp 2 ½ % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im saisonbereinigten Verlauf zeigt sich, dass sich die Unternehmensinvestitionen den verschlechterten Rahmenbedingungen in Form von Produktionsrückgängen und höheren Finanzierungskosten nicht entziehen können. Auch beim Vorjahresvergleich zeigt die Detailbetrachtung die Abschwächung der Investitionen, denn nur die Anschaffungen von Fahrzeugen und die Investitionen in geistiges Eigentum waren höher als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres. In saisonbereinigter Rechnung zeigt sich auch bei diesen Investitionsgüterkategorien eine Abschwächung im Jahresverlauf.

Die Sachkapitalbildung wird noch längere Zeit schwach bleiben. Die Auftragsbestände und die Produktionserwartungen der heimischen Industrieunternehmen sind seit geraumer Zeit deutlich nach unten gerichtet (Abbildung 10). Darüber hinaus sinkt die Auslastung der Produktionskapazitäten seit Ende 2021 in der Tendenz (Abbildung 11), was ebenfalls die Konjunkturschwäche widerspiegelt. Auch von der Finanzierungsseite erhalten die Investitionen Gegenwind. Die Zinsen für neu vergebene Unternehmenskredite waren im Juli mit knapp 5 % je nach Kreditvolumen um 3,1 bis 3,3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Mit Leitzinssenkungen ist erst gegen Ende des kommenden Jahres zu rechnen. Mit der erwarteten langsam zurückgehenden Inflation erhöhen sich auch die Realzinsen. Darüber hinaus haben die Geschäftsbanken in Österreich gemäß der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite seit dem zweiten Quartal 2022 deutlich verschärft, hauptsächlich aufgrund einer ungünstigeren Risikoeinschätzung. Für das dritte Quartal 2023 wurden weitere Verschärfungen erwartet. Die Banken gaben auch an, dass sie bei der Kreditvergabe zunehmend Klima-Risiken berücksichtigen, was zu einer strengeren Kreditvergabe für Unternehmen bzw. Projekte führt, die in hohem Maße zum Klimawandel beitragen.

Erst wenn sich wie erwartet die Konjunktur im In- und Ausland belebt, sollten im Verlauf des kommenden Jahres die Investitionen allmählich Fahrt aufnehmen. Aufgrund des hohen Niveaus zu Beginn des Jahres 2023 ergibt sich bei Betrachtung der jahresdurchschnittlichen Veränderungen mit 1,0 % im Jahr 2023 eine günstigere Entwicklung als im kommenden Jahr, für das ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 2,0 % erwartet wird.

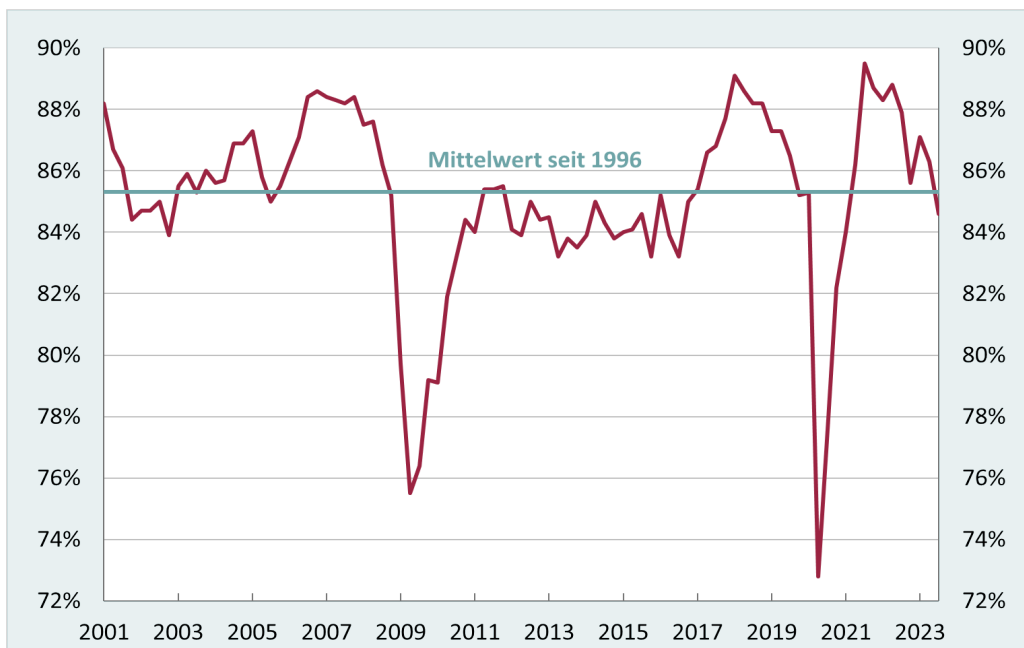
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen hatte sich von Ende 2020 bis zum ersten Quartal 2023 stark beschleunigt. Erst im zweiten Quartal nahm der Preisdruck etwas ab. Im Durchschnitt des Halbjahrs war der Deflator um gut 6 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Preise für Industriemetalle sind inzwischen zwar deutlich niedriger als auf ihrem jüngsten Höhepunkt, aber über den Sommer sind sie nicht weiter gesunken. Allerdings dürfte die globale Konjunkturschwäche dazu beitragen, dass auch bei Investitionsgütern der Preisdruck nachlässt. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird für den Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen eine Zunahme um 5,0 % erwartet. Im Jahr 2024 dürfte der Anstieg 2,5 % betragen.

Die Schwäche der **realen Bauinvestitionen** setzte sich im ersten Halbjahr 2023 ungebremst fort. Die Wohnbauinvestitionen waren im Durchschnitt der ersten sechs Monate um knapp 9 %, die Nicht-Wohnbauinvestitionen um 2 ½ % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für die gesamten Bauinvestitionen ergibt sich daraus ein Rückgang um 5,5 %.

Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen schwach bleiben. Vor allem im Wohnbau schlägt sich die vorangegangene geldpolitische Straffung nieder. Der Wohnbau gerät auch durch die kräftigen Kostensteigerungen in diesem Bereich in den vergangenen Jahren unter Druck. Zudem resultieren die hohe Inflation und die beträchtliche Unsicherheit darin, dass sich die privaten Haushalte bei größeren Anschaffungen zurückhalten. Dies spiegelt sich darin wider, dass sich bei den Immobilien der Preisdruck stark verringert hat. Stiegen die Immobilienpreise in den Jahren 2021 und 2022 noch mit zweistelligen Raten, so belief sich der Anstieg im ersten Quartal 2023 nur noch auf 1,1 %, und im zweiten Quartal sanken die Immobilienpreise sogar. Die Baubewilligungen befinden sich im freien Fall. Im Jahresdurchschnitt 2022 waren sie bereits um 22,5 % eingebrochen, und im ersten Quartal 2023 beschleunigte sich der Rückgang auf 36 %.

Die geldpolitischen Rahmenbedingungen haben sich deutlich verschärft. Der durchschnittliche Zinssatz für neu vergebene Wohnbaukredite war im Juli 2023 mit 4,2 % um 2,4 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Im Prognosezeitraum dürften die Realzinsen steigen, auch bei weitgehend unveränderten Nominalzinsen. Die hohen Zinsen machen Kredite für die privaten Haushalte weniger leistbar. Dies führt zu einem Einbruch der Kreditvergabe für Wohnbauzwecke. Seit Anfang des Jahres beträgt bei diesem Kreditsegment der Rückstand im Vorjahresvergleich zwischen 50 % und 60 %, im Juli sogar 67 %. Laut Umfrage zum Kreditgeschäft blieben die bankinternen Richtlinien und die Margen für Wohnbaukredite im zweiten Quartal 2023 weitgehend unverändert. Die Richtlinien wurden zuletzt im dritten Quartal 2022 verschärft. Gestützt wird der Wohnbau von der energetischen Sanierung. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften erst mit zunehmender konjunktureller Erholung im Jahr 2024 etwas zulegen.

Auch die öffentlichen Bauinvestitionen werden wohl nur wenig Dynamik entfalten, denn der öffentliche Sektor ist ebenfalls mit steigenden Zinsen konfrontiert, und die zur Abfederung der Folgen der Teuerung im vergangenen Jahr ergriffenen Maßnahmen belasten die Budgets. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 4,8 % und im kommenden Jahr um 1,5 % zurückgehen.

Der Anstieg der Baupreise hat sich abgeschwächt, aber auf hohem Niveau. Im zweiten Quartal erhöhten sich die Baupreise im Jahresabstand um 5,9 %, nach 8,9 % im ersten Quartal bzw. 10,0 % im vierten Quartal des Vorjahres. Wie bereits im vergangenen Jahr, war die Entwicklung in den Bausparten stark unterschiedlich. Während sich im Hochbau der Preisanstieg im zweiten Quartal von 13,9 % auf 8,8 % verringerte, war der Preisauftrieb im Tiefbau mit unverändert 1,2 % deutlich geringer. Bei den Baukosten ist inzwischen eine deutliche Verlangsamung zu beobachten. Im Wohnungs- und Siedlungsbau sanken die Baukosten im Zeitraum April bis Juli sogar gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; im August stiegen die Baukosten in diesem Bereich um 0,2 %. Auch in den Tiefbausparten steigen die Baukosten im laufenden Jahr deutlich langsamer als im vergangenen Jahr oder sinken sogar. Allerdings war auch hier im August der Kostenanstieg etwas höher als in den Monaten davor. Dies spiegelt die Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise wider, die sich im Sommer – nach einem Rückgang im Frühjahr – seitwärts bewegt haben. Die vorangegangene Abschwächung bei den Preisen für Baumaterialien wird sich wohl allmählich auch in den Baupreisen niederschlagen. Dem wirken die spürbaren Lohnerhöhungen entgegen. Im Jahresdurchschnitt 2023 wird der Deflator der Bauinvestitionen voraussichtlich um 7,5 % steigen. Für das kommende Jahr ist eine Abschwächung des Preisauftriebs auf 3,5 % zu erwarten.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 1,7 % im laufenden und 1,8 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, ist von 25,8 % im Jahr 2021 auf 25,3 % im Jahr 2022 gesunken. Im Prognosezeitraum wird sie wohl weiter auf 24,0 % im Jahr 2024 zurückgehen. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im laufenden Jahr um 2,4 % und im kommenden Jahr um 1,4 % zurückgehen.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** verbessert sich im heurigen Jahr im Vergleich zum Vorjahr. Betrug das Budgetdefizit 2022 noch 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts, wird ein Rückgang auf 3,0 % im Jahr 2023 und auf 1,9 % im kommenden Jahr erwartet. Die Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben ist weiterhin dynamisch. Starkes nominelles Wachstum führt einerseits zu einem kräftigen Anstieg der Steuerbasen. Das Abflauen der Konjunktur lässt andererseits auch einen Rückgang der

Unternehmensgewinne und Selbstständigeneinkommen erwarten. Insbesondere im Vergleich zum Vorjahr sinken die Gewinne voraussichtlich, da die besondere Konstellation von Nachholeffekten auf der einen Seite und staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auf der anderen Seite wohl beendet ist. Das Budget war in den letzten Jahren stark von den staatlichen Coronahilfsmaßnahmen und Anti-Teuerungspaketen geprägt. Durch das Auslaufen der staatlichen Coronahilfen im heurigen Jahr und der Anti-Teuerungspakete im kommenden Jahr werden die öffentlichen Haushalte entlastet. Die ökosoziale Steuerreform und die Abschaffung der kalten Progression führen zu geringeren Einnahmen. Gleichzeitig belasten die Zunahme der monetären Sozialleistungen, höhere Ausgaben für Gehälter, Pensionen und Zinskosten das Budget. Die Budgetprognose ist mit großer Unsicherheit behaftet. Anhaltend hohe Inflationsraten führen verzögert zu höheren Ausgaben, da viele Budgetpositionen quasi indexiert sind. Gleichzeitig besteht das Risiko geringerer Einnahmen, wenn die konjunkturelle Erholung sich weiter verzögert.

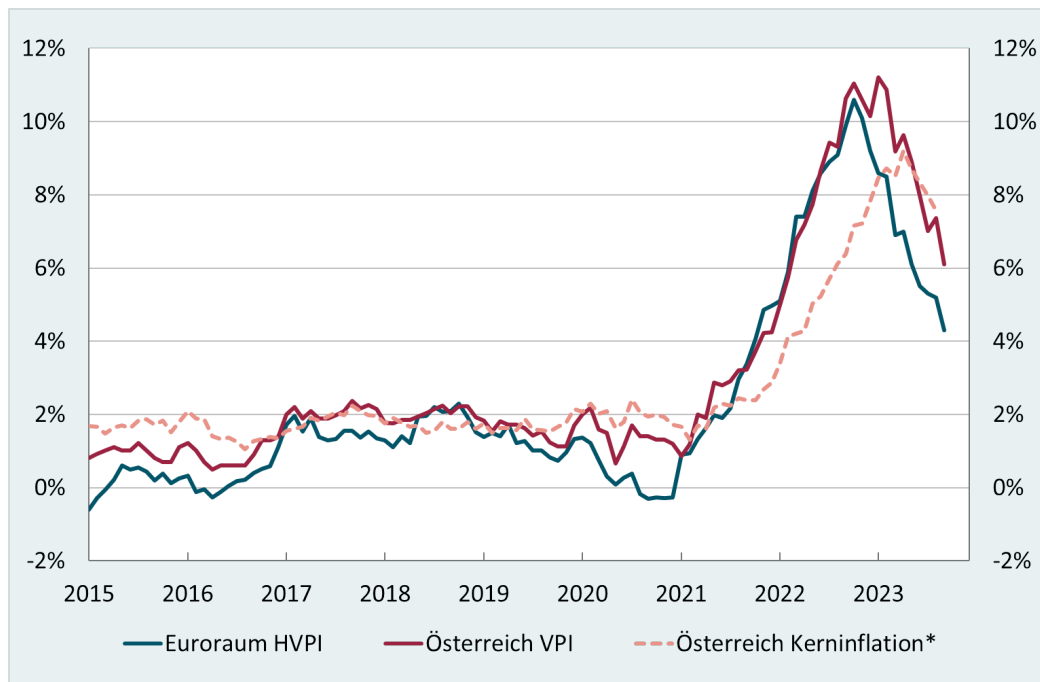
Die nominellen privaten Konsumausgaben steigen in den Prognosejahren kräftig. Dies ist heuer insbesondere bedingt durch den hohen Preisauftrieb. Im kommenden Jahr steigen Löhne und Pensionen stärker als die Verbraucherpreise, sodass die österreichischen Haushalte Reallohnzuwächse verbuchen können. Das Aufkommen indirekter Steuern dürfte somit kräftig zunehmen. Das Bild für die Einnahmen aus direkten Steuern ist differenzierter. Der steuerliche Ausgleich der kalten Progression, der mindestens zwei Drittel der Inflation im Beobachtungszeitraum des Vorjahres beträgt, bremst das Wachstum der Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuern. Die Entlastung im kommenden Jahr wird auf Basis einer Inflationsrate von 9,9 % vorgenommen und hat gemäß dem Progressionsbericht 2023 einen Umfang von 3,7 Mrd. Euro. Hohe nominelle Lohnabschlüsse ermöglichen weitere Zuwächse bei der Lohnsteuer. Die Einnahmen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind im vergangenen Jahr kräftig gestiegen. In diesem Jahr zeichnet sich ein Rückgang der Dynamik ab. Insbesondere Aufholeffekte nach der Coronakrise sind abgeklungen und staatliche Förderungen für Unternehmen sind rückläufig. Diese Effekte dämpfen für sich genommen die Unternehmensgewinne. Zusätzlich wirkt sich die stufenweise Senkung der Körperschaftsteuer einnahmenmindernd aus.

Auch ausgabenseitig prägen hohe Inflationsraten wichtige Entwicklungen. Die Ausgaben für die monetären Sozialleistungen nehmen aufgrund der allgemeinen Teuerung deutlich zu. Die Pensionen wurden im Jahr 2023 mit 5,8 % indexiert, für das kommende Jahr wurde eine Anpassung um 9,7 % beschlossen. Auch der Wegfall der aliquoten Pensionsanpassungen in den Jahren 2024 und 2025 führt zu steigenden Ausgaben. Im Allgemeinen wirken sich diese Ausgabensteigerungen aufgrund von Indexierungen verzögert auf das Budget aus. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich stabil und wirkt für sich

genommen entlastend auf das Budget. Die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Kurzarbeit sind im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die voraussichtlich hohe Lohndynamik führt jedoch zu steigenden Kosten für die Besoldung der öffentlich Beschäftigten. Auch hier wirkt sich die allgemeine Teuerung in den Lohnverhandlungen mit Verzögerung aus. Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es wichtige Effekte, die sich dämpfend auf die Ausgaben auswirken. Zum einen sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise ausgelaufen. Das betrifft insbesondere die Unterstützung des Unternehmenssektors. Auch Maßnahmen im Rahmen des Teuerungsausgleichs, wie z. B. Energiekostenzuschüsse oder Einmalzahlungen an Haushalte, werden planmäßig beendet. Bei weiterhin moderaten Entwicklungen der Preise an den Energiemärkten müssen die eingeplanten Budgets voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Unterstützung der privaten Haushalte zur Stabilisierung der Kaufkraft merklich reduziert. Dies wirkt sich in einem Rückgang der staatlichen Transferleistungen aus.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im zweiten Quartal 2023 um 7,6 % gestiegen, während die Tariflöhne um 7,1 % zulegen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 7,8 % aus, was die inflationsbedingten Kaufkraftverluste ausgleichen sollte. Im nächsten Jahr dürften die Effektivlöhne um 6,8 % zunehmen. Bei gegebener Inflationsprognose impliziert dies einen Reallohnzuwachs von rund $2 \frac{1}{2}$ %. Eine sich gegenseitig verstärkende Dynamik von Lohnanstiegen und Preissteigerungen ist nicht auszumachen, wenngleich der Anstieg der Lohnkostenkomponente einem zügigeren Abflachen der Inflation entgegenwirkt.

Die **Inflation**, gemessen am VPI, hat sich seit ihrem Höhepunkt zur Jahreswende 2022/2023 nahezu halbiert (Abbildung 12). Die Teuerung ist aber weiterhin auf hohem Niveau und wird sich nur langsam zurückbilden. Die energiegetriebene Teuerung lässt zunehmend nach. Da die Berechnung der Inflationsrate auf die Veränderung im Jahresabstand abstellt, spielt die Vergleichsbasis (also die Werte des Preisindex aus dem Vorjahresmonat) eine entscheidende Rolle (Basiseffekt). Erstens wirken die Treibstoffpreise aufgrund der hohen Vergleichswerte aus dem Vorjahr bereits seit einigen Monaten inflationsdämpfend, wenngleich die jüngsten Ölpreisanstiege diesen Effekt wieder etwas konterkarieren. Zweitens ist der Preis der Haushaltsenergie nach dem starken Anstieg im September letzten Jahres zwar nicht mehr wesentlich gesunken, aber eben auch nicht weiter gestiegen. Somit fallen in der Berechnung auf Jahresabstand (September 2023 gegenüber September 2022) nun die hohen preistreibenden Effekte von Gas und Strom weg.

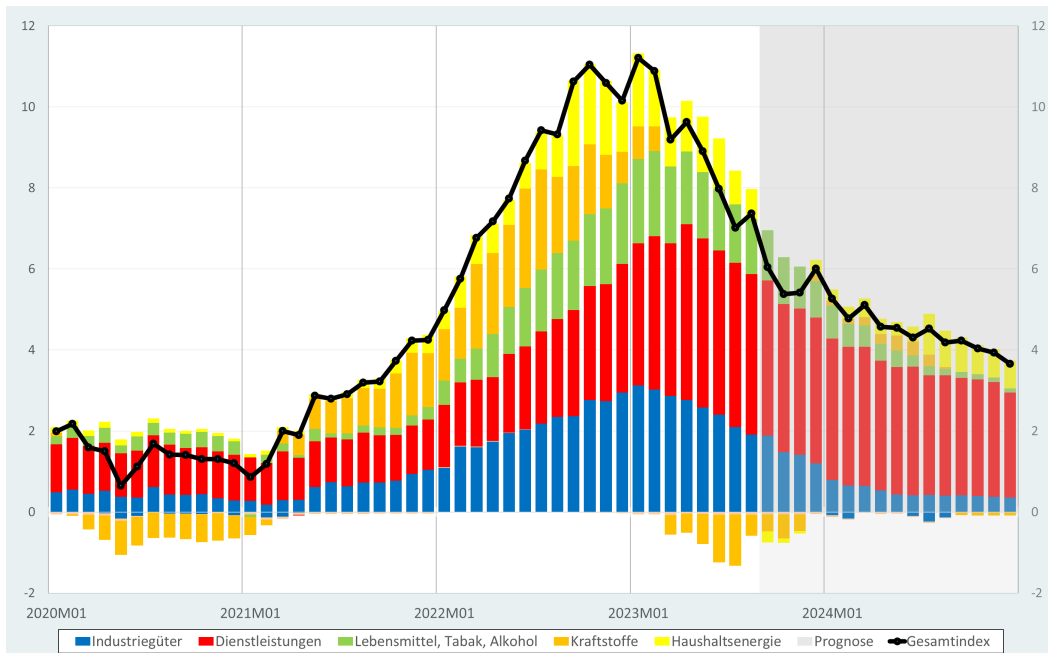
Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum

*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich
 Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Hohe Teuerungsraten insbesondere im Dienstleistungssektor wirken dem Abklingen der Inflation aber entgegen. Aufgrund verzögerter Weitergabe von Preisveränderungen (etwa aufgrund von nur jährlich angepassten Indexierungen oder der zeitversetzten Reaktion der Löhne auf die Teuerung) weisen die Preise in diesem Segment eine gewisse Persistenz aus, die einer schnellen Rückkehr der Inflation zum Preisstabilitätsziel von 2 % entgegensteht. Besonders der Bereich der Restaurants und Freizeitdienstleistungen trug zuletzt mit gut 1½ Prozentpunkten zur Inflationsrate bei. Auch Wohnungsdienstleistungen wie Instandhaltung und Reparatur (0,6 Prozentpunkte) sowie die Wohnungsmieten (0,5 Prozentpunkte) wirken preistreibend. Das Institut geht daher davon aus, dass die Inflation zwar abnimmt, aber zunehmend auf die Zweitrundeneffekte im Bereich der Dienstleistungen zurückzuführen ist (Abbildung 13). Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich damit eine Inflationsrate von 7,8 %, wobei die leichte Aufwärtsrevision maßgeblich auf die höheren Ölpreise zurückzuführen ist. Gleich zu Beginn des nächsten Jahres dürften laut heutigem Stand Maßnahmen aus dem Anti-Teuerungspaket wie etwa die Erneuerbarenförderpauschale oder die Elektrizitäts- und Erdgasabgabe auslaufen. Der Niederösterreichrabatt läuft bereits im Oktober 2023 aus; die Strompreisbremse erst im Juli 2024. Die Kehrseite von Preiseingriffen ist, dass sie bei Auslaufen der Maßnahmen Preisdruck erzeugen. Vonseiten der kräftig anziehenden Lohnstückkosten geht ebenfalls Preisdruck aus. Hingegen sollten die schwache

Konjunktur und die restriktive Geldpolitik preisdämpfend wirken. Laut Institutsprognose bildet sich die Inflationsrate im Jahr 2024 auf 4,2 % zurück.

Abbildung 13: Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
 Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen.
 Quelle: Statistik Austria, ab September 2023 Prognose des IHS

Das Institut geht von Inflationsraten für den Euroraum von 5,6 % im Jahr 2023 und 3,0 % im Jahr 2024 aus. Damit reduziert sich zwar das Inflationsdifferenzial von Österreich zum Euroraum, beträgt aber im Jahr 2024 immer noch rund einen Prozentpunkt.

Die Arbeitsmarktlage reflektiert bisher die konjunkturelle Schwächephase kaum. Aktuell liegt die Beschäftigung noch deutlich über dem Vorjahresniveau und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen steigt nur moderat. In saisonbereinigter Betrachtung zeigen sich deutlichere Auswirkungen der Konjunkturabschwächung. So stagniert die Beschäftigung seit März und die Arbeitslosenquote ist ausgehend von 6,0 % zu Jahresbeginn auf 6,6 % gestiegen. Nachdem mit einer spürbaren Konjunkturverbesserung erst im Laufe des nächsten Jahres zu rechnen ist, dürften sich die Trends am Arbeitsmarkt fortsetzen. Somit wird für den Jahresdurchschnitt 2023 ein Beschäftigungswachstum von 1,1 % erwartet und die Arbeitslosenquote dürfte auf 6,5 % steigen. Da die konjunkturelle Erholung erst mit gewisser Verzögerung am Arbeitsmarkt wirken dürfte, nimmt das Institut seine Prognose für das Beschäftigungswachstum im Jahr 2024 auf 0,5 % zurück und erwartet einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,8 %. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Sozialpartner, wie in der Vergangenheit,

bei den Lohnverhandlungen die Erhaltung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und die Kaufkraftsicherung im Blick behalten. Weiters wird unterstellt, dass die Reaktion der Arbeitslosigkeit auf die Konjunktorentwicklung im historischen Vergleich sehr niedrig bleibt.

Im Einklang mit der konjunkturellen Abkühlung blieb die Beschäftigungsdynamik in den letzten Monaten verhalten. Während zu Jahresbeginn noch Zuwächse von 2 % verzeichnet wurden, lag die Zahl der Aktiv-**Beschäftigten** im August nur noch um 40.000 Personen bzw. 1,0 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. In sektoraler Betrachtung legten die Sachgüterproduktion und der Dienstleistungsbereich um 1,2 % bzw. 1,1 % zu, während die Beschäftigung am Bau um 0,25 % zurückging.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2023
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Personen	in Prozent
Beschäftigte	52.270	1,3 %
Männer	22.689	1,1 %
Frauen	29.582	1,6 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	53.901	1,4 %
Primärer Sektor	1.709	2,2 %
Sachgüterproduktion	11.536	1,8 %
Bau	340	0,1 %
Dienstleistungssektor	40.253	1,4 %
Arbeitslose gesamt	3.075	1,2 %
Männer	4.181	2,9 %
Frauen	-1.106	-0,9 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-126	-0,2 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigungsdynamik aufgrund der Konjunkturlage weiterhin schwach bleiben, worauf auch die rückläufige Zahl der offenen Stellen hindeutet. Erst im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Beschäftigung mit der Erholung der Konjunktur wieder zulegen. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2023 weiterhin ein Beschäftigungswachstum von 1,1 %, während der Wert für 2024 auf 0,5 % zurückgenommen wird.

Nach den kräftigen Rückgängen in den Vorjahren steigt die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen seit April wieder an. So lag die Arbeitslosigkeit im August um 12.300 Personen bzw. 4,9 % über dem Vorjahresniveau. Hierbei zog die Arbeitslosigkeit bei den Männern etwas stärker an als bei den Frauen. Konjunkturell bedingt verzeichneten die Bereiche Herstellung von Waren (7,9 %) und Bau (7,2 %) kräftige Anstiege, aber auch der Bereich Beherbergung und Gastronomie (7,4 %). In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosigkeit weiter leicht zulegen, sodass das Institut für den Durchschnitt des laufenden Jahres einen Bestand von 275.200 als arbeitslos vorgemerkten Personen erwartet. Im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen, da der Aufschwung später kommt und der Arbeitsmarkt verzögert reagiert. Somit beträgt die prognostizierte Arbeitslosenzahl für das kommende Jahr 290.000 Personen. Folglich wird für die (nationale) Arbeitslosenquote im laufenden Jahr weiterhin ein Wert von 6,5 % erwartet. Nächstes Jahr könnte die Quote auf 6,8 % klettern. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird von Werten von 5,2 % bzw. 5,5 % ausgegangen.

Die Prognose zeichnet damit weiterhin ein günstiges Bild der Arbeitsmarktentwicklung, insbesondere gegeben die Wirtschaftslage. Es wird davon ausgegangen, dass die Konjunkturschwäche nur zu einem verhaltenen Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, dies gestützt von dem immer noch hohen Bestand an offenen Stellen. Weiters ist der demografisch bedingt nur verhaltene Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu beachten. Während das Arbeitskräfteangebot der Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft noch merklich zulegt, fällt die Zahl der einheimischen Erwerbspersonen. Die im historischen Vergleich nur sehr schwache erwartete Reaktion der Arbeitslosigkeit auf die BIP-Entwicklung stellt jedoch ein Prognoserisiko dar.

5 Monetäre Prognose

Aufgrund der weiterhin hohen Inflation wurden die Leitzinsen vielerorts weiter angehoben. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Leitzinsen im Juli und im September um jeweils 0,25 Prozentpunkte erhöht. Damit liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum gegenwärtig bei 4,5 %. In den USA beträgt das Zielband für Taggeld 5,25 % bis 5,5 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 5,25 %. In den meisten Währungsräumen dürften die Zinsplateaus nun erreicht sein bzw. bald erreicht werden. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, betrug im September 4,3 % und ist seit dem Höhepunkt im vergangenen Oktober (10,6 %) rückläufig. Die jüngsten Inflationsraten liegen allerdings immer noch deutlich über der Zielmarke der EZB von 2 % und es wird nur von einer langsamen Entspannung bei den Preissteigerungen ausgegangen. Für die Jahresdurchschnitte 2023 und 2024 erwartet das Institut für den Euroraum Inflationsraten von 5,6 % bzw. 3,0 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,1	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0 – 0,25	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2022	2,5	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
2.10.2023	4,5	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

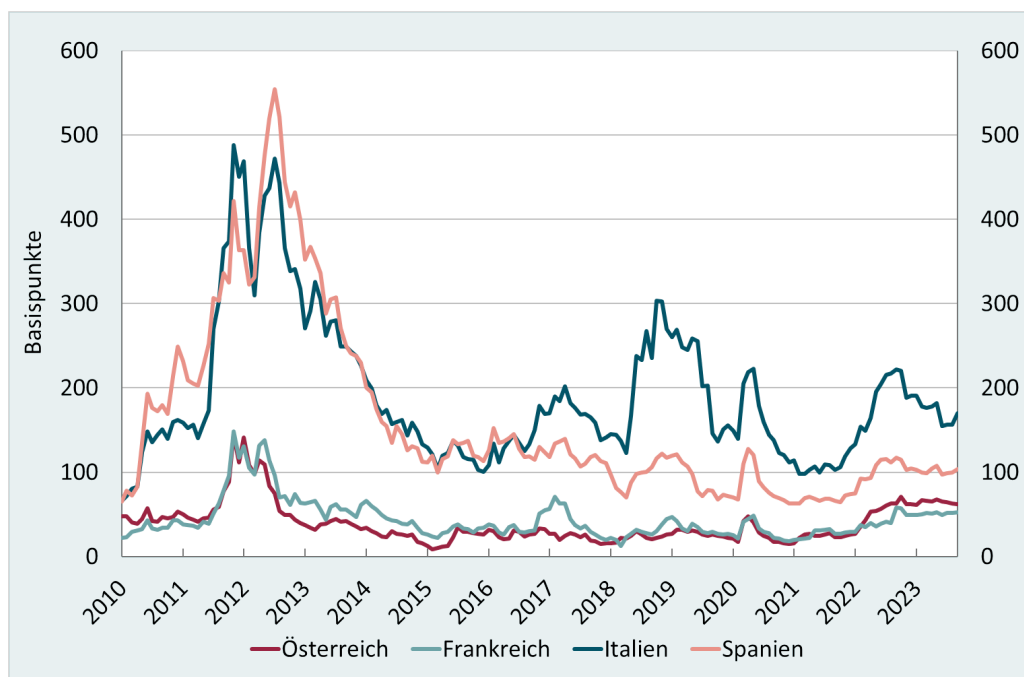
Nach ihren Leitzinsanhebungen um insgesamt 4,5 Prozentpunkte seit Juli vergangenen Jahres dürfte die EZB nun das Ende ihres Zinserhöhungszyklus erreicht haben. Dies war die kräftigste Zinsstraffung seit Bestehen der Europäischen Währungsunion. Auch im regulären Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) gibt es restriktive Impulse. Von März bis Juni wurden die Bestände um rund 15 Mrd. Euro pro Monat reduziert, seit Juli werden fällige Beträge überhaupt nicht mehr reinvestiert. Dies bedeutet seit März eine durchschnittliche Reduktion der Bestände um rund 18 Mrd. Euro pro Monat und in den kommenden zwölf Monaten eine durchschnittliche Reduktion von etwa 27 Mrd. Euro pro Monat. Im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) sind Wiederveranlagungen hingegen noch bis Ende 2024 geplant. Insgesamt betragen die gegenwärtigen Bestände im Rahmen des APP und PEPP rund 3.135 bzw. 1.672 Mrd. Euro. Die EZB hat zudem beschlossen, die Mindestreserven künftig mit 0 % zu verzinsen. Bis Oktober 2022 wurden sie mit dem Hauptrefinanzierungssatz verzinst, anschließend mit dem Einlagesatz. Im September beliefen sich die Mindestreserven auf

165,3 Mrd. Euro, dies waren knapp 5 % der gegenwärtigen Überschussreserven, die weiterhin mit dem Einlagesatz verzinst werden.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Gefolge höherer Leitzinsen gestiegen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des dritten Quartals bei 3,8 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal um rund 40 bzw. 330 Basispunkte gestiegen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB keinen weiteren Anstieg der Geldmarktzinsen, gegen Ende 2024 allenfalls einen leichten Rückgang. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2023 und 2024 durchschnittlich 3,4 % bzw. 3,7 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum steigen seit Herbst 2021 tendenziell, sind allerdings seit vergangenem Sommer auch immer wieder zurückgegangen und dürften ihre Höhepunkte nun erreicht haben. Im abgelaufenen Quartal notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 3,2 % bzw. 2,6 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen um knapp 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen deutlich kräftigeren Anstieg um gut 120 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Abbildung 14: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quelle: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit November

2021 haben sich die Spreads (Renditeabstände) gegenüber Deutschland ausgeweitet (Abbildung 14), sind jedoch seit Herbst vergangenen Jahres wieder leicht zurückgegangen. Das Institut rechnet damit, dass die Renditeniveaus von Staatsanleihen allenfalls noch leicht ansteigen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3,2 % bzw. 3,4 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2023 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,09 USD/EUR. Damit hat sich der Euro gegenüber dem Vorquartal nicht verändert, gegenüber dem Vorjahresquartal hat er um rund 8 % aufgewertet. Für die Jahre 2023 und 2024 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von jeweils 1,08 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2023 und 2024 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 1,5 % bzw. 2,6 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 2,0 % bzw. 1,1 %.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,091 1,5%	348,344 -6,6%	363,106 4,2%	380,559 4,8%	378,888 -0,4%	382,363 0,9%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,147 3,1%	380,888 -4,1%	405,241 6,4%	447,218 10,4%	474,619 6,1%	497,934 4,9%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,448 1,6%	109,343 2,7%	111,604 2,1%	117,516 5,3%	125,266 6,6%	130,225 4,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	95,194 2,1%	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,305 7,8%	125,358 4,2%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,838 2,5%	52,782 1,8%	53,989 2,3%	56,526 4,7%	60,907 7,8%	65,018 6,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3885,323 1,1%	3904,749 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,508 0,208	6,796 0,287

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	187,777 2,0%	189,856 1,1%	190,897 0,5%	174,616 -8,5%	181,978 4,2%	192,284 5,7%	192,736 0,2%	195,669 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,633 1,3%	71,333 -0,4%	76,706 7,5%	76,734 0,0%	75,774 -1,3%	75,774 0,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	84,955 4,2%	88,655 4,4%	92,686 4,5%	87,598 -5,5%	92,909 6,1%	93,016 0,1%	91,434 -1,7%	89,816 -1,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4,450 1,2	6,054 1,6	1,310 0,4	1,607 0,5	6,661 1,8	5,848 1,5	4,848 1,3	5,148 1,3
INLANDSNACHFRAGE	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,805 0,4%	334,729 -6,2%	357,005 6,7%	367,392 2,9%	364,601 -0,8%	366,235 0,4%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11,947 3,3	12,291 3,3	16,330 4,4	13,505 3,9	5,388 1,5	12,791 3,4	13,987 3,7	15,879 4,2
BIP ZU MARKTPREISEN	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,091 1,5%	348,344 -6,6%	363,106 4,2%	380,559 4,8%	378,888 -0,4%	382,363 0,9%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	1,023	0,581	0,285	-4,397	2,099	2,820	0,121	0,790
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,154	0,249	0,250	-0,082	1,591	0,008	-0,257	0,000
BRUTTOINVESTITIONEN	1,086	1,505	-0,180	-1,372	2,778	-0,192	-0,659	-0,375
ANLAGEINVESTITIONEN	0,978	1,029	1,096	-1,368	1,515	0,030	-0,430	-0,440
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,095	0,436	-1,278	0,099	2,040	-0,224	-0,385	0,109
EXPORTE I.W.S.	2,567	2,810	2,252	-5,894	4,708	6,260	0,629	1,290
WAREN	1,803	1,817	1,377	-2,963	4,488	2,912	0,000	0,844
DIENSTLEISTUNGEN	0,764	0,993	0,875	-2,931	0,220	3,347	0,629	0,446
IMPORTE I.W.S.	-2,569	-2,721	-1,179	5,223	-6,895	-4,336	-0,328	-0,845
WAREN	-1,544	-1,563	-0,181	2,671	-5,371	-2,113	0,459	-0,321
DIENSTLEISTUNGEN	-1,026	-1,158	-0,998	2,552	-1,524	-2,223	-0,787	-0,525
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2,259	2,425	1,451	-6,633	4,238	4,806	-0,439	0,917

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,5	7,7	7,9	13,2	11,2	9,2	8,4	8,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,3	0,2	0,2	5,3	-2,1	-1,9	-0,8	-0,3
INVESTITIONSQUOTE	23,6	24,1	24,9	25,0	25,8	25,3	24,9	24,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,5	0,5	0,8	0,1	0,8	-0,5	-0,4	-0,9
REALZINSSATZ	-0,42	-1,16	-1,55	-2,94	-2,08	-3,58	-3,43	-0,53
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,05	-0,74	-0,39	-1,40	0,87	-1,50	0,15	2,90
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,45 7,8%	135,93 4,2%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,707 -0,3%	47,982 0,6%	48,358 0,8%	48,746 0,8%	48,828 0,2%	47,531 -2,7%	47,642 0,2%	48,807 2,4%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,049 0,2%	10,045 0,0%	10,029 -0,2%	9,560 -4,7%	9,723 1,7%	9,899 1,8%	9,752 -1,5%	9,792 0,4%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	128,989 1,2%	132,400 2,6%	135,943 2,7%	145,221 6,8%	146,039 0,6%	150,195 2,8%	164,272 9,4%	174,635 6,3%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2	4,8	5,2	5,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,4	0,3
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,8	-3,5	-3,0	-1,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,7	1,0	0,4	-8,6	2,2	2,2	0,5	1,1

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	186,016 3,7%	191,859 3,1%	196,136 2,2%	180,628 -7,9%	192,142 6,4%	218,883 13,9%	235,770 7,7%	249,357 5,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,618 4,7%	8,957 3,9%	9,637 7,6%	10,123 5,0%	10,633 5,0%	11,063 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,287 3,7%	80,448 4,1%	88,281 9,7%	92,077 4,3%	96,381 4,7%	101,200 5,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	91,744 5,8%	99,117 8,0%	100,674 1,6%	97,611 -3,0%	112,090 14,8%	123,204 9,9%	126,384 2,6%	128,246 1,5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	48,211 6,3%	50,348 4,4%	53,636 6,5%	50,309 -6,2%	56,021 11,4%	59,997 7,1%	63,627 6,1%	63,913 0,4%
BAUINVESTITIONEN	39,064 4,9%	42,484 8,8%	45,311 6,7%	44,831 -1,1%	48,643 8,5%	53,136 9,2%	54,408 2,4%	55,467 1,9%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,001 -0,001	-0,001 0,000	0,019 0,020	0,059 0,040	-0,632 -0,690	0,780 1,412	0,768 -0,012	0,768 0,000
INLANDSNACHFRAGE	357,677 4,0%	373,713 4,5%	382,735 2,4%	367,704 -3,9%	401,518 9,2%	445,067 10,8%	469,936 5,6%	490,634 4,4%
EXPORTE I.W.S.	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,452 3,6%	196,481 -11,3%	226,740 15,4%	277,647 22,5%	286,059 3,0%	297,250 3,9%
IMPORTE I.W.S.	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	183,296 -11,5%	223,017 21,7%	275,496 23,5%	281,375 2,1%	289,951 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,147 3,1%	380,888 -4,1%	405,241 6,4%	447,218 10,4%	474,619 6,1%	497,934 4,9%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	180,075 1,9%	182,058 1,1%	182,972 0,5%	166,815 -8,8%	173,774 4,2%	184,051 5,9%	184,420 0,2%	187,186 1,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,702 3,9%	7,797 1,2%	7,925 1,6%	7,792 -1,7%	8,190 5,1%	8,245 0,7%	8,327 1,0%	8,494 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,633 1,3%	71,333 -0,4%	76,706 7,5%	76,734 0,0%	75,774 -1,3%	75,774 0,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,448 4,5%	94,870 6,1%	94,208 -0,7%	89,109 -5,4%	98,768 10,8%	98,081 -0,7%	95,734 -2,4%	94,384 -1,4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	47,435 5,5%	49,025 3,4%	51,633 5,3%	47,952 -7,1%	52,693 9,9%	53,731 2,0%	54,268 1,0%	53,183 -2,0%
BAUINVESTITIONEN	37,526 2,7%	39,625 5,6%	41,064 3,6%	39,605 -3,6%	40,308 1,8%	39,493 -2,0%	37,617 -4,8%	37,053 -1,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,052 0,050	0,024 -0,028	0,023 -0,001	-0,211 -0,234	0,281 0,491	0,657 0,376	0,646 -0,011	0,646 0,000
INLANDSNACHFRAGE	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,805 0,4%	334,729 -6,2%	357,005 6,7%	367,392 2,9%	364,601 -0,8%	366,235 0,4%
EXPORTE I.W.S.	197,450 4,9%	207,714 5,2%	216,147 4,1%	193,301 -10,6%	210,944 9,1%	234,543 11,2%	236,921 1,0%	241,992 2,1%
IMPORTE I.W.S.	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,816 2,2%	179,796 -10,0%	205,556 14,3%	221,752 7,9%	222,934 0,5%	226,113 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,091 1,5%	348,344 -6,6%	363,106 4,2%	380,559 4,8%	378,888 -0,4%	382,363 0,9%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103,299 1,8%	105,383 2,0%	107,195 1,7%	108,280 1,0%	110,570 2,1%	118,925 7,6%	127,844 7,5%	133,214 4,2%
ÖFFENTLICHER KONSUM	103,095 1,6%	105,362 2,2%	107,892 2,4%	112,778 4,5%	115,091 2,1%	119,995 4,3%	127,195 6,0%	133,555 5,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	102,730 1,4%	104,711 1,9%	106,755 2,0%	108,611 1,7%	112,652 3,7%	121,628 8,0%	129,093 6,1%	132,917 3,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	101,636 0,7%	102,699 1,0%	103,880 1,2%	104,915 1,0%	106,316 1,3%	111,662 5,0%	117,245 5,0%	120,176 2,5%
BAUINVESTITIONEN	104,099 2,2%	107,216 3,0%	110,342 2,9%	113,194 2,6%	120,678 6,6%	134,545 11,5%	144,635 7,5%	149,698 3,5%
INLANDSNACHFRAGE	103,064 1,6%	105,147 2,0%	107,267 2,0%	109,851 2,4%	112,469 2,4%	121,142 7,7%	128,890 6,4%	133,967 3,9%
EXPORTE I.W.S.	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,455 -0,4%	101,645 -0,8%	107,488 5,7%	118,378 10,1%	120,740 2,0%	122,835 1,7%
IMPORTE I.W.S.	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,615 0,2%	101,947 -1,6%	108,494 6,4%	124,236 14,5%	126,215 1,6%	128,233 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,448 1,6%	109,343 2,7%	111,604 2,1%	117,516 5,3%	125,266 6,6%	130,225 4,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	140,060 6,5%	149,248 6,6%	152,778 2,4%	139,298 -8,8%	166,973 19,9%	198,400 18,8%	200,384 1,0%	206,947 3,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,480 7,5%	46,799 -7,3%	52,037 11,2%	62,567 20,2%	64,766 3,5%	68,211 5,3%
REISEVERKEHR	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,384 -42,9%	7,730 -25,6%	16,680 115,8%	20,908 25,4%	22,093 5,7%
EXPORTE I.W.S.	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,452 3,6%	196,481 -11,3%	226,740 15,4%	277,647 22,5%	286,059 3,0%	297,250 3,9%
WARENIMPORTE	138,912 7,8%	148,064 6,6%	148,339 0,2%	134,774 -9,1%	166,962 23,9%	205,097 22,8%	203,046 -1,0%	207,126 2,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,048 9,4%	45,020 -8,2%	50,419 12,0%	60,790 20,6%	67,659 11,3%	71,534 5,7%
REISEVERKEHR	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	9,609 70,5%	10,670 11,0%	11,290 5,8%
IMPORTE I.W.S.	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	183,296 -11,5%	223,017 21,7%	275,496 23,5%	281,375 2,1%	289,951 3,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	139,385 4,9%	146,063 4,8%	151,254 3,6%	139,604 -7,7%	156,737 12,3%	167,815 7,1%	167,815 0,0%	171,171 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	42,397 5,8%	45,312 6,9%	48,176 6,3%	44,703 -7,2%	48,342 8,1%	54,037 11,8%	54,307 0,5%	55,801 2,8%
REISEVERKEHR	15,672 2,6%	16,337 4,2%	16,712 2,3%	9,364 -44,0%	6,684 -28,6%	13,113 96,2%	15,080 15,0%	15,321 1,6%
EXPORTE I.W.S.	197,450 4,9%	207,714 5,2%	216,147 4,1%	193,301 -10,6%	210,944 9,1%	234,543 11,2%	236,921 1,0%	241,992 2,1%
WARENIMPORTE	137,086 4,3%	142,783 4,2%	143,457 0,5%	133,196 -7,2%	153,414 15,2%	161,283 5,1%	159,670 -1,0%	160,868 0,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	39,995 7,9%	43,600 9,0%	47,161 8,2%	43,324 -8,1%	46,999 8,5%	52,403 11,5%	55,023 5,0%	56,812 3,3%
REISEVERKEHR	8,391 9,3%	9,008 7,3%	9,187 2,0%	3,339 -63,7%	5,232 56,7%	8,213 57,0%	8,623 5,0%	8,859 2,7%
IMPORTE I.W.S.	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,816 2,2%	179,796 -10,0%	205,556 14,3%	221,752 7,9%	222,934 0,5%	226,113 1,4%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	100,484 1,5%	102,180 1,7%	101,007 -1,1%	99,781 -1,2%	106,531 6,8%	118,225 11,0%	119,408 1,0%	120,900 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,112 1,4%	103,674 1,5%	104,784 1,1%	104,688 -0,1%	107,643 2,8%	115,785 7,6%	119,259 3,0%	122,240 2,5%
REISEVERKEHR	103,957 2,3%	106,858 2,8%	108,868 1,9%	110,898 1,9%	115,642 4,3%	127,205 10,0%	138,654 9,0%	144,200 4,0%
EXPORTE I.W.S.	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,455 -0,4%	101,645 -0,8%	107,488 5,7%	118,378 10,1%	120,740 2,0%	122,835 1,7%
WARENIMPORTE	101,332 3,4%	103,699 2,3%	103,404 -0,3%	101,185 -2,1%	108,831 7,6%	127,166 16,8%	127,166 0,0%	128,756 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	101,243 1,2%	102,811 1,5%	104,001 1,2%	103,916 -0,1%	107,278 3,2%	116,004 8,1%	122,964 6,0%	125,915 2,4%
REISEVERKEHR	101,964 0,3%	102,472 0,5%	105,059 2,5%	104,874 -0,2%	107,705 2,7%	117,002 8,6%	123,729 5,8%	127,441 3,0%
IMPORTE I.W.S.	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,615 0,2%	101,947 -1,6%	108,494 6,4%	124,236 14,5%	126,215 1,6%	128,233 1,6%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99,790 -1,2%	99,464 -0,3%	98,880 -0,6%	99,704 0,8%	99,073 -0,6%	95,284 -3,8%	95,663 0,4%	95,791 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,164 -1,8%	98,536 -0,6%	97,682 -0,9%	98,613 1,0%	97,887 -0,7%	92,969 -5,0%	93,899 1,0%	93,899 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,888	52,461	52,132	48,123	55,033	61,602	59,284	58,231
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2,312	1,574	-0,330	-4,008	6,910	6,569	-2,318	-1,054
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,609	38,431	37,351	35,384	41,201	45,861	42,781	41,597
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,576	0,822	-1,080	-1,967	5,816	4,660	-3,080	-1,184
EXPORTQUOTE, GESAMT	54,051	55,462	55,761	51,585	55,952	62,083	60,271	59,697
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,645	1,411	0,299	-4,176	4,367	6,131	-1,812	-0,574
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,919	38,738	38,469	36,572	41,203	44,363	42,220	41,561
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,141	0,819	-0,269	-1,897	4,632	3,160	-2,143	-0,659

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5627,103 -0,1%	5664,812 0,7%	5664,117 0,0%	5659,162 -0,1%
ERWERBSQUOTE	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,096 0,6%	82,436 0,4%	82,690 0,3%	83,583 1,1%	84,252 0,8%
ERWERBSPERSONEN	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,254 1,0%	4734,263 1,1%	4767,962 0,7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3664,532 -0,6%	3647,239 -0,5%	3642,893 -0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1087,024 6,6%	1125,070 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	507,500 1,1%	506,231 -0,3%	507,497 0,3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4228,032 1,2%	4260,466 0,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3885,323 1,1%	3904,749 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	67,544 -2,2%	66,193 -2,0%
ARBEITSLOSE	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	275,165 4,6%	289,523 5,2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,508 0,208	6,796 0,287

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,838 4,2%	192,335 -0,3%	201,615 4,8%	217,319 7,8%	236,643 8,9%	253,880 7,3%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	146,689 3,2%	153,004 4,3%	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	180,482 7,8%	187,077 3,7%	187,301 0,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,859 3,6%	32,638 -33,2%	37,388 14,6%	49,417 32,2%	50,899 3,0%	56,753 11,5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,147 3,1%	380,888 -4,1%	405,241 6,4%	447,218 10,4%	474,619 6,1%	497,934 4,9%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,137 -69,9%	3,938 -446,3%	6,308 60,2%	-0,290 -104,6%	-0,290 0,0%	-0,296 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	66,243 3,9%	69,315 4,6%	72,769 5,0%	75,764 4,1%	79,921 5,5%	88,114 10,3%	91,639 4,0%	94,846 3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	299,655 2,0%	312,186 4,2%	323,241 3,5%	309,062 -4,4%	331,628 7,3%	358,813 8,2%	382,690 6,7%	402,792 5,3%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,415 -9,3%	-3,529 3,3%	-2,670 -24,4%	-2,547 -4,6%	-2,802 10,0%	-2,886 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	296,973 2,3%	308,421 3,9%	319,825 3,7%	305,534 -4,5%	328,958 7,7%	356,266 8,3%	379,888 6,6%	399,905 5,3%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	348,270 5,0%	364,774 4,7%	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,893 3,2%	445,476 1,5%	457,059 2,6%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	338,709 1,0%	349,544 3,2%	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	431,490 2,0%	436,236 1,1%
EURIBOR 3M	-0,33	-0,32	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,44	3,73
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,07	0,01	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,29
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,59	0,68	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,17	3,43
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,21	0,09	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,45	0,26

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
USD/EUR	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%
GBP/EUR	0,88 7,3%	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,86 -1,1%
YEN/EUR	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	151,75 9,9%	154,64 1,9%
CHF/EUR	1,11 1,8%	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,96 -1,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,1%	1,0%	1,2%	-0,4%	0,6%	2,8%	0,2%	-0,4%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	2,2%	2,6%	-0,2%	-5,8%	6,7%	2,2%	-1,0%	2,0%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	2,3%	2,4%	1,5%	-6,6%	4,2%	4,8%	-0,4%	0,9%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)